

AL  
DUPLICATE  
OF LIBRARY



LIBRARY  
JAN 11 1956  
UNIVERSITY OF CALIFORNIA

HOOPER  
LIBRARY

*Die Kommunistische  
Internationale*

927 / HEFT 35

BERLIN, DEN 30. AUGUST

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT  
DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

**AUS DEM INHALT**

Karl Kreibisch: Die chinesische Frage auf dem Plenum des Zentralkomitees  
der Kommunistischen Partei der Sowjetunion / A. G. Bosse: Amerikanischer  
Militarismus / E. Varga: Hochkonjunktur und Arbeiterschaft in Deutschland  
K. S.: Zur Organisierung der Massenpropaganda / E. V.: Die soziale Gliederung  
der deutschen Bevölkerung

# DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind an die Adresse des Verlages zu richten.

VIII. Jahrgang 1927  
HEFT 35 30. AUGUST

## I N H A L T

	Seite
Kreibisch: Die chinesische Frage auf dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion . . . . .	1689
Bosse: Amerikanischer Militarismus . . . . .	1694
Varga: Hochkonjunktur und Arbeiterschaft in Deutschland . . . . .	1705
Badulescu: Politische Degenerierung — Programm und Parteitag der rumänischen Sozialdemokraten . . . . .	1712
K. S.: Zur Organisation der Massenpropaganda . . . . .	1720
E. V.: Die soziale Gliederung der deutschen Bevölkerung . . . . .	1726

## P R E I S

Einzelheft . . . . .	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband . . . . .	" 0,40
Postabonnement monatlich . . . . .	" 1,—
Per Kreuzband monatlich . . . . .	" 1,25
Postabonnement Quartal . . . . .	" 3,—
Ausland: Sowjet-Union . . . . .	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten . . . . .	2 Dollar "

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

**VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY**  
HAMBURG BERLIN

KARL KREIBISCH:

## DIE CHINESISCHE FRAGE AUF DEM PLENUM DES ZENTRAKKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DER SOWJETUNION

Die rasche Aufeinanderfolge der Ereignisse in China, die nur das Zeichen der raschen Entwicklung der chinesischen Revolution ist, sowie die Angriffe der Opposition gegen die Stellung der Partei und gegen die Politik der Komintern in der chinesischen Revolution nötigten das Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, sich auch mit dieser Frage zu beschäftigen. Das Resultat der Beratungen ist die Resolution, die, so wie die früheren Resolutionen und Thesen der russischen Partei und der Komintern, die ganze Frage klar und hell beleuchtet. Und doch war auch diese Resolution wenige Tage, nachdem sie beschlossen worden war, wieder von den Ereignissen überholt, was freilich keinen Buchstaben derselben in ein unrechtes Licht setzen kann. Die von der Komintern vorausgesagte Einigung und Vereinigung von Wuhan und Nanking, die durch das Rücktrittsmanöver Tschang Kai-scheks gedeckt wird, die Bildung kommunistisch-revolutionärer Streitkräfte und ihr Eingreifen in die Ereignisse zeigen nur, wie atemraubend rasch sich die Entwicklung der chinesischen Revolution, die Scheidung der Klassen und die Klärung der Geister vollziehen, zugleich aber auch, wie sich diese Entwicklung auf der von der Komintern vorausgesagten Linie vollzieht. In dieser ungemein raschen Entwicklung kommt auch die Tatsache zum Ausdruck, daß in der Zeit des Imperialismus und der Weltkrise des Kapitalismus jede revolutionäre Entwicklung sich in einem rascheren Tempo vollzieht als früher. Wenn man bedenkt, wieviele Jahrzehnte es dauerte, bis Proletariat und Bourgeoisie in der deutschen Revolution sich trennten, ja daß diese Entwicklung infolge der Politik der deutschen Sozialdemokratie seit 1914 heute noch nicht beendet ist, so muß einem die rasche Scheidung der Geister in China geradezu unheimlich dünken, weshalb sich ja auch die Sozialdemokraten diese rasche Trennung von Proletariat und Bourgeoisie in der chinesischen Revolution nicht anders als durch die niederträchtige Spaltungstätigkeit der Kommunisten erklären können.

Diese rasche Entwicklung hängt auch mit der Stärke des ausländischen Imperialismus in China zusammen, welche ebenfalls bewirkt, daß die chinesische Bourgeoisie sehr rasch ins Lager der Konterrevolution und des Imperialismus hinüberwechselt. Die nationalen Revolutionen in Europa, die sich im Gefolge des Weltkrieges vollzogen oder vollendeten, haben uns gezeigt, daß die Bourgeoisie um so rascher konterrevolutionär wird, je rascher sich die proletarischen revolutionären Kräfte in der eigenen Nation entwickeln. Wenn die deutsche Bourgeoisie viel rascher konterrevolutionär wurde, als die französische Bourgeoisie, und sich nach einem kurzen Aufflackern der Revolution mit erheblicher Geschwindigkeit auf die Seite des Feudalismus und der Monarchie schlug, so lagen die Ursachen darin, daß das deutsche Proletariat 1848 schon ein der Bourgeoisie gefährlicherer Faktor

war, als das französische Proletariat von 1789. Seit jener Zeit der bürgerlichen Revolutionen und der nationalen Revolutionen des 19. Jahrhunderts hat die imperialistische Entwicklung die nationale Revolution auch zu einem Kampf gegen den Imperialismus gemacht. Der Uebergang der Bourgeoisie zur Konterrevolution vollzieht sich heute in ihrem Verhältnis zum Imperialismus. Die Bourgeoisie beginnt die nationale Revolution mit dem Kampf gegen den fremden Imperialismus. Sie beendet den Kampf, indem sie mit dem fremden Imperialismus ein Kompromiß schließt, sich mit ihm in den Ertrag der imperialistischen Ausbeutung der eigenen Nation teilt und selbst imperialistisch wird. Eine geradezu unheimliche Behendigkeit entwickelten darin die polnische und die tschechische Bourgeoisie während des Weltkrieges und nach demselben. Beide standen eben schon mit einem Fuße im Imperialismus, als der Weltkrieg die nationale Revolution auslöste, die von der tschechischen und polnischen Bourgeoisie vor dem Weltkriege schon aufgegeben worden war. Der Führer der tschechischen Bourgeoisie, Kramar, betont bei jeder Gelegenheit, daß er erst nach dem Ausbruch des Weltkrieges zur nationalen Revolution gekommen sei, während er bis dahin das Heil der tschechischen Nation im Rahmen der alten Habsburger-Monarchie erblickte, weil eben diese große Monarchie dem Ausdehnungsdrang des tschechischen Kapitalismus genügend Raum bot. Die polnische und die tschechische Bourgeoisie begannen die nationale Revolution im Weltkriege nicht als Kampf gegen den Imperialismus, dem sie selbst schon verfallen waren, sondern als Verbündete der einen Gruppe der imperialistischen Mächte gegen die andere. Deshalb war das Bündnis der polnischen und tschechischen Sozialdemokraten mit ihrer Bourgeoisie schon im voraus ebenso konterrevolutionär, wie das Bündnis der russischen Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit der russischen Bourgeoisie in der zweiten russischen Revolution.

Die chinesische Bourgeoisie hat die nationale Revolution als einen wirklich revolutionären Kampf gegen den Imperialismus begonnen. Sie war selbst noch nicht imperialistisch verseucht, während andererseits der Druck des fremden Imperialismus auf China so furchtbar lastete, daß er jede eigene kapitalistische Entwicklung und damit die Entwicklung der chinesischen Bourgeoisie als Klasse fast unmöglich machte. Das trieb die chinesische Bourgeoisie in das Lager der Revolution. Aber gerade die geringe kapitalistische Entwicklung Chinas, das Fehlen einer starken Interessenverbindung mit dem Kapitalismus selbst, und die Einwirkung der siegreichen russischen proletarischen Revolution auf die Volksmassen des benachbarten China bewirkten, daß die chinesische nationale Revolution einen starken antikapitalistischen Charakter annahm. Die gewaltige Rolle und die antikapitalistische Stimmung der Massen der Arbeiter und Bauern mußten die chinesische Bourgeoisie sehr bald mit Besorgnis erfüllen. Für die chinesische Bourgeoisie handelt es sich um die Beseitigung des furchtbaren Druckes des Imperialismus zu dem Zwecke, selbst ihren eigenen Kapitalismus zur Entwicklung bringen zu können. Hier entstand aber die Gefahr, daß die Massen früher noch, als es der chinesischen Bourgeoisie gelingt, die Bahn für die Entwicklung des chinesischen Kapitalismus frei zu bekommen, der Revolution eine ganz andere Richtung geben, und so der chinesischen Bourgeoisie an dem Tage, wo sie die Früchte der siegreichen Revolution in Gestalt fetter kapitalistischer Profite einheimen will, der Boden unter den



Füßen schwindet. In diesem Sinne kann man es auch verstehen, wenn der Korrespondent des „Berliner Tageblatt“ Anfang Mai aus Schanghai berichtete: „Die Massenbewegung vor allem wurde im Schanghaier Bezirk eine Riesengefahr auch für China.“

Auf der anderen Seite beschleunigt die Stärke des ausländischen Imperialismus in China den Uebergang der chinesischen Bourgeoisie ins Lager der Konterrevolution, des Imperialismus, hat doch dieser allzu viele und allzu feste wirtschaftliche, militärische und strategische Positionen in China in der Hand. Ihm diese Positionen zu entreißen, würde eine gewaltige Anstrengung der ungeheuren Massen der gesamten Nation erfordern. Der vollständige Sieg der chinesischen nationalen Revolution über den Imperialismus wäre nur durch die Mobilisierung der gesamten Nation für diesen Kampf zu erreichen. Das hätte aber zur Voraussetzung das Uebergewicht der Arbeiter- und Bauernmassen in der Revolution und die Erfüllung ihrer Klassenforderungen. Dieser Preis ist für die chinesische Bourgeoisie zu hoch. Das würde bedeuten, daß die Freiheit, ja das Leben für die chinesische Bourgeoisie an dem Tage verloren wäre, an welchem die Freiheit der Nation erreicht ist. Aus diesem Dilemma gibt es für die chinesische Bourgeoisie nur einen Ausweg: das Kompromiß mit dem Imperialismus. Die Losung der chinesischen bürgerlichen Politiker und der bürgerlichen Politiker der asiatischen Völkerschaften überhaupt „Asien den Asiaten!“ klingt sehr schön, aber ihre Schönheit verblaßt gerade für die Bourgeoisie dieser Nationen in dem Augenblick, wo sie sie näher prüfen. Denn sobald mit dieser Losung Ernst gemacht werden soll im national-revolutionären Kampfe gegen den Imperialismus, taucht bald die Frage auf, welchen Asiaten denn Asien und welchen Chinesen China gehören soll. Sobald im Verlaufe der Entwicklung der Revolution und der Klassenscheidung die Gefahr entsteht, daß Asien den Bauern und Arbeitern Asiens und nicht den chinesischen, indischen und anderen Bourgeoisien gehören könnte, wird den Bourgeoisien der asiatischen Völker der Gedanke sympathisch, sich lieber mit den englischen, amerikanischen und französischen Imperialisten in dieses Asien zu teilen, als es den Arbeitern und Bauern zu überlassen. Das hindert sie natürlich nicht, die Losungen „China den Chinesen!“ und „Asien den Asiaten!“ auch weiterhin aufrechtzuerhalten, geradeso wie das nordamerikanische Finanzkapital die Losung „Amerika den Amerikanern!“ durchaus nicht aufgibt, wenn es sie in der Praxis in die profitable Wahrheit verwandelt: „Amerika der Wallstreet!“ Es klingt ja gewiß sehr harmlos, wenn die Kuomintang die „Entwicklung der Industrie“ und die „Benützung fremden Kapitals“ in ihr Programm aufnimmt und es wird gar manche Führer der Kuomintang geben, welche sagen, daß ja auch die Sowjetregierung die Entwicklung der Industrie auf ihr Programm gesetzt hat und bestrebt ist fremdes Kapital zu gewinnen. Aber unter der Führung des bürgerlich-kapitalistischen Flügels der Kuomintang wird die harmlose „Entwicklung der Industrie“ selbstverständlich zu einem Vormarsch des chinesischen Kapitalismus und die „Benützung fremden Kapitals“ zur imperialistischen Ausbeutung Chinas führen. Diese Ausbeutung Chinas durch die Imperialisten ist durchaus nicht an die bisherigen Formen der Exterritorialität, der Zollkontrolle und der Eisenbahn- und Postaufsicht gebunden. Diese Privilegien können fallen und der Imperialismus wird trotzdem den Weg zu einer noch schlimmeren Ausbeutung des chine-

sischen Volkes und zu noch größeren Profiten finden. Schon sind in bürgerlichen Blättern Stimmen zu vernehmen, daß die bisherigen Formen der imperialistischen Ausbeutung Chinas überholt sind, und der Berichterstatter des „Manchester Guardian“, Arthur Ransom, geht in einer Korrespondenz vom 10. März, die in der Nummer dieses Blattes vom 25. April mit der Ueberschrift: „Wie der fremde Handel unter der Exterritorialität leidet“ versehen ist, so weit, zu behaupten, daß die Aufhebung der Exterritorialität der fremden Niederlassungen zur Verkürzung des Bürgerkrieges beitragen und so dem Geschäft mit China nur Vorteile bringen würde. Der Satz Lenins, daß es für die Bourgeoisie und den Kapitalismus keine ausweglose Situation gibt, bewahrheitet sich hier wieder.

Diese Streiflichter und Vergleiche zeigen, daß die Erörterung der chinesischen Frage und ihre gründliche Beleuchtung nicht nur wegen der ständigen Aenderung der Lage und wegen der Bedeutung der Ereignisse in China, sondern auch wegen der allgemeinen Lehren, die aus der Entwicklung der chinesischen Revolution für den revolutionären, proletarischen Klassenkampf überhaupt zu ziehen sind, notwendig ist. Die Probleme der chinesischen Revolution sind in ihrem Wesen die Probleme jeder Revolution, und wenn die Sozialdemokraten vielfach den Versuch machen, die Lage in China absichtlich als recht verworren, als ein Chaos und als unvergleichbar mit dem Verlauf und den Aufgaben der Revolution in anderen Ländern hinzustellen, so tun sie es nur deshalb, um für ihr feiges Auskneifen vor jeder wirklichen Hilfe für die chinesische Revolution eine Begründung zu finden, um den sozialdemokratischen Arbeitern die Orientierung über die Entwicklung der chinesischen Revolution zu erschweren und so zu verhindern, daß sie daraus revolutionäre Lehren ziehen. Typisch war dafür der Satz in einem Artikel des „Hamburger Echo“ vom 14. April über die Spaltung in der Kuomintang: „... ein solches Land kann unmöglich in einen direkten und unmittelbaren Zusammenhang mit den sozialen Kämpfen des Abendlandes gebracht werden“. Sie wollen sich die chinesische Revolution einfach vom Halse halten. Aber gerade in dieser Schreibweise der sozialdemokratischen Presse zeigt sich die große Bedeutung der chinesischen Revolution und ihr enger Zusammenhang mit dem Klassenkampf des Proletariats der ganzen Welt. Die sozialdemokratischen Führer befassen sich mit einer Revolution immer um so mehr, je weiter dieselbe zeitlich oder räumlich entfernt ist und je weniger sie den Kampf des Proletariats unmittelbar berührt. Ihr Abrücken von der chinesischen Revolution beweist nur, wie nahe ihnen dieselbe trotz der gewaltigen räumlichen Entfernung auf den Hals gerückt ist.

Die Resolution des Zentralkomitees der KPSU beginnt mit der Kennzeichnung der drei verschiedenen Linien der Taktik einer proletarischen Partei in der nationalen Revolution und führt als erste die menschwistische Linie an, die an der Einheitsfront mit der Bourgeoisie festhält und dazu führt, daß die Arbeiterklasse und ihre Partei vollständig in das Schlepptau der Bourgeoisie und damit auf die Seite der Konterrevolution gerät.

Die zweite Linie, welche in der Resolution des Zentralkomitees der KPSU als die trotzkistische bezeichnet wird, und die von jedem Bündnis und Abkommen mit anderen Klassen überhaupt nichts wissen will, kann in einer Zeit, wo das Proletariat nicht anders als am linken Flügel der bürgerlichen bzw. der nationalen Revolution teilnehmen kann, zu nichts anderem als zur

Ausschaltung von jeder wirklichen revolutionären Aktion führen. Die Taktik von Marx und Engels im Jahre 1848 zeigt uns, daß diese Linie mit dem Marxismus nichts zu tun hat. Zudem hat schon Engels in seiner Broschüre „Die Bakunisten an der Arbeit“ an Hand der spanischen Revolution gezeigt, daß diese scheinrevolutionäre Taktik, der starren Ablehnung jedes Zusammengehens mit anderen Klassen und besonders mit der revolutionären Bourgeoisie, in der Praxis zu nichts anderem als zur banalsten Koalitionspolitik im Schlepptau der Bourgeoisie führt. Infolgedessen erleichtert diese Taktik nur die Politik der Menschewiki. Die Fehler Rosa Luxemburgs in der nationalen Frage haben den Verrat der polnischen Sozialisten erleichtert und auch in der tschechischen nationalen Revolution haben wir gesehen, wohin diese Taktik führt: die tschechischen Zentralisten hielten sich von jeder Teilnahme an der nationalen Revolution ängstlich fern und die Folge dieser Taktik war nur, daß sie 1917 im Schlepptau der Austro-Marxisten de facto dem österreichischen Imperialismus zu Hilfe kamen und nach dem 20. Oktober 1918 bedingungslos mit dem tschechischen Sozialpatriotismus verschmolzen, welche Fehler sie erst durch ihren späteren Anschluß an die Kommunistische Internationale wieder gut machen konnten.

Die dritte, leninistische Linie, ist die am schwierigsten zu verfolgende. Sie erlaubt der proletarischen Partei, sich weder unter der Führung der Bourgeoisie wohl und sicher zu fühlen noch sich hinter der starren scheinrevolutionären Ablehnung jedes Manövrierens zu verschanzen, um in Wirklichkeit passiv bleiben zu können. Sie erfordert Kühnheit und Geschicklichkeit zugleich, vor allem aber das rechtzeitige Erkennen jedes Ueberganges von einer Phase der Revolution zur anderen, um die Taktik rechtzeitig ändern zu können. Diese Linie stellt an die proletarische Partei große Anforderungen, sie gibt ihr schwierige und viele Aufgaben, die zu lösen sind, und sie ist damit indirekt auch die Quelle vieler Fehler. Daß gerade in der chinesischen Revolution von der kommunistischen Partei viele Fehler gemacht wurden, ist nicht schwer zu erklären. Die rasche Entwicklung der Revolution, die oftmalige rasche Aenderung der Lage, das Aufwerfen stets neuer Fragen, die großen Schwierigkeiten und Schwächen der chinesischen Revolution und vor allem die Schwäche der Kommunistischen Partei Chinas, der jungen Partei eines ziffernmäßig schwachen und erst seit kurzer Zeit im Klassenkampf stehenden Proletariats, schließlich die Führung der Partei fast ausschließlich durch Intellektuelle — das alles mußte zu vielen Fehlern und zeitweise zu einem Versagen der Partei führen. Aber man konnte diese Fehler doch nicht in der Weise vermeiden, daß man der Partei wegen ihrer Schwäche eine andere als die leninistische Linie der revolutionären Politik zeigte. Jede andere Taktik als die leninistische hätte die Partei zum vollständigen Zusammenbruch geführt. Gerade die Einhaltung der leninistischen Linie um den Preis von Fehlern und schweren Krisen war der einzige Weg, unsere chinesische Partei auf die Höhe der Aufgaben zu bringen, welche der rasche Fortschritt der chinesischen Revolution im Sinne der Scheidung der Klassen und der Geister stellte.

Die Erfolge der chinesischen Revolution und unserer chinesischen Partei beweisen die Richtigkeit der leninistischen Linie ihrer Taktik. Die Resolution des Zentralkomitees verweist mit Recht darauf, daß der gewaltige Vormarsch des revolutionären Südens bis an den Jangtse, daß die Ablehnung

des Verrates Tschang Kai-scheks durch die Massen der Arbeiter und Bauern und die Schwierigkeiten, welche sich der chinesischen Bourgeoisie bzw. der rechten Kuomintang bei ihrem Uebergang auf die Seite der Konterrevolution und des Imperialismus entgegenstellen, der leninistischen Taktik zu verdanken sind. Diese Erfolge wurden trotz den Schwächen und den Schwankungen der Kommunistischen Partei Chinas bei der Durchführung der leninistischen Taktik erzielt. In der Schärfe und Brutalität des Vorgehens der chinesischen Bourgeoisie gegen die Kommunisten kommt die Tatsache zum Ausdruck, daß die unteren Massenorganisationen der Kuomintang unter dem Einfluß und unter der Führung der Kommunisten stehen. Die rechte Führung der Kuomintang sieht sich gezwungen gegen die Massen der chinesischen Arbeiter und Bauern vorzugehen, wenn sie ihre verräterische Politik durchführen will. Dadurch wird es der chinesischen Bourgeoisie immer schwerer die revolutionären Losungen dem Scheine nach aufrechtzuerhalten, um die Massen zu täuschen. Bei konsequenter Fortführung ihrer leninistischen Taktik muß die Kommunistische Partei den Massen der chinesischen Arbeiter und Bauern bald als die einzige wirkliche Vertreterin und Führerin der nationalen und der mit ihr eng verbundenen sozialen Revolution erscheinen. Das Auftreten organisierter militärischer Kräfte der sozialen Revolution in Verbindung mit dem Aufstand der Bauern beweist die Richtigkeit dieser Auffassung. Es muß gelingen, im Zusammenwirken mit der Komintern und der Kommunistischen Partei der Sowjetunion durch alle Schwankungen hindurch eine feste leninistische Führung der Partei herauszubilden. Dann wird sich bald zeigen, daß die chinesische Revolution trotz all ihrer Schwächen und Niederlagen zum Siege eilt, und daß die soziale Revolution ihr auf dem Fuße folgt, ja mit ihr schon Seite an Seite marschiert.

A. G. BOSSE :

## AMERIKANISCHER MILITARISMUS

Die Flottenabrüstungskonferenz in Genf hat in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der ganzen Welt die Frage des Militarismus gestellt und das bereits große Interesse für die Kriegsgefahr erhöht. Die Kommunisten wissen, daß in den Ländern, die in Genf zusammentraten, weder der Wille noch die Macht vorhanden sind in irgendeinem nennenswerten Grade abzurüsten. Wenn irgendeine geringe Herabsetzung oder Begrenzung der Flottenrüstungen herauskommt, wird sie zur Propaganda pazifistischer Illusionen unter den Arbeitern benützt werden, hinter der der Krieg mit wachsender Stärke vorbereitet werden wird. Wenn kein Uebereinkommen erzielt wird, können die Imperialisten offen zum Kriege rüsten. Die Flottenabrüstungskonferenz wird besser begriffen werden, wenn man zunächst den Militarismus im allgemeinen berücksichtigt. Man wird dann verstehen, daß jegliche Begrenzung oder gar Herabsetzung der Flotte der Vereinigten Staaten keinerlei nennenswerte Wirkung auf deren Militärmacht oder auf die Tendenz zu immer steigender Militarisierung haben wird. Die

gegenwärtigen großen Fortschritte im Flugzeugwesen, chemischen Kriegswesen und Unterseebootwesen reichen hin, um sogar große Einschränkungen der Seerüstungen um ein vielfaches wettzumachen.

In der folgenden Uebersicht der militärischen Lage der Vereinigten Staaten werden wir die Politik der Regierung, das Militärbudget, die Streitkräfte zu Lande und in der Luft, die Militarisierung der Jugend und der Arbeiter, die Tätigkeit der patriotischen Gesellschaften und schließlich die Haltung der offiziellen Arbeiterbewegung, der Sozialisten und der Kommunisten gegenüber Militarismus und Kriegsgefahr in den Vereinigten Staaten betrachten. Dies wird uns ein abgerundetes Bild der Tätigkeit und der Entwicklungsmöglichkeiten des Imperialismus in den Vereinigten Staaten liefern und in Verbindung mit der Diskussion über die amerikanische Flotte und über die Genfer Konferenz die ungeheuerliche Heuchelei der Zirkuskomödianten von Genf bloßstellen.

### Die Kriegspolitik der Regierung

In der letzten Jahresbotschaft des Präsidenten Coolidge an den Kongreß, Ende 1926, gab es die üblichen Appelle sowohl an die Friedens- wie an die Kriegsgefühle, Beteuerungen friedlicher Absichten, aber zugleich Prahlen mit militärischen Errungenschaften. Das Gerede über Frieden war Phrasendrescherei, aber das über den Krieg war auf Tatsachen gestützt: „Wenn man berücksichtigt, daß keine einzige Flotte der Welt, mit einer einzigen Ausnahme, unserer nahekommmt, und keine einzige sie übertrifft, daß unser reguläres Heer . . . jedem anderen an Truppenzahl gleichkommt, daß unsere gesamten ausgebildeten und in Ausbildung befindlichen Streitkräfte zu Wasser und zu Lande aus einem Personal von ungefähr 610 000 Mann bestehen, und daß unsere jährlichen Ausgaben etwa 680 Millionen Dollar betragen und unter der Leitung eines außerordentlich sachverständigen Stabes verausgabt werden, so kann nicht gesagt werden, daß unser Land seine Verteidigung vernachlässige.“ Die Vereinigten Staaten „unterhalten in diesem Jahre die angemessensten Verteidigungsstreitkräfte, die sie jemals in Friedenszeiten erhalten haben“. Er sagte weiter in heuchlerischer Weise, daß, während die Vereinigten Staaten ihr Bestes tun, um die Kriege abzuschaffen, man dessen eingedenk sein müsse, daß „der Friede, den wir jetzt genießen, durch das Schwert gewonnen werden mußte, und daß wir, wenn die Rechte unseres Landes verteidigt werden müssen, zu diesem Zwecke uns nur auf uns selbst verlassen können“.

Nach solchen Feststellungen kann man ermessen, wieviel die Friedensbeteuerungen wert sind: „Unsere Politik der Landesverteidigung besteht nicht darin, Kriege hervorzurufen, sondern den Frieden zu sichern.“ Der in der Botschaft des Präsidenten dem Krieg gewidmete Raum entspricht seinen Behauptungen, zugunsten des Friedens gearbeitet zu haben, ungefähr in dem Ausmaße, in dem hier kriegerische und friedliche Zitate angeführt wurden. In einer Rede, anlässlich des Jahrestages des Waffenstillstandes benützte Coolidge eine andere Gelegenheit, um die Ausdehnung des Militarismus der Vereinigten Staaten zu rühmen, indem er feststellte, daß die militärischen Streitkräfte die größten seien, „die jemals in Friedenszeiten erhalten wurden . . . In dem letzten halben Dutzend Jahre haben wir zu ihrer Erhaltung ungefähr vier Milliarden Dollar verausgabt“.



Vor einigen Monaten hielt der amerikanische Botschafter der Vereinigten Staaten in Großbritannien, Houghton, in der Harvard-Universität eine Rede, in der er anregte, daß den Regierungen ihre Vollmachten zur Kriegführung entzogen und auf die Völker übertragen werden mögen, und daß auch ein Friedensvertrag auf hundert Jahre gemacht werde. Abgesehen von der Unmöglichkeit, unter dem Kapitalismus jeweils solche Vorschläge durchzuführen, sind sie interessant, erstens, weil sie vom wichtigsten Gesandten der Vereinigten Staaten stammen, aber vor allem wegen der Aufnahme, die ihnen in den Vereinigten Staaten zuteil wurde. Die amerikanische Presse und die großen Verbände ignorierten praktisch die Vorschläge. Die Regierung machte keinen Kommentar und nur ein paar Liberale gerieten in Entzücken über diesen Gedanken. Die Vereinigten Staaten militarisieren das Land allzu geschäftig, als daß sie mehr täten, wie gelegentlich eins oder mehrere Worte über Frieden von sich zu geben.

### Das Militärbudget der Vereinigten Staaten

Für militärische Zwecke wird in den Vereinigten Staaten jetzt fünfmal soviel ausgegeben wie vor dem Kriege. Die sechs Mächte: Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und Japan, haben ihre Militärausgaben gegenüber der Vorkriegszeit im Durchschnitt um 70 Prozent erhöht, während die Vereinigten Staaten sie um 400 Prozent gesteigert haben. Für das Jahr 1927/28 betragen die Ausgaben für Heer und Flotte der Vereinigten Staaten 680 Millionen Dollar, davon 360 Millionen für das Heer und 316 Millionen für die Flotte. Im Jahre 1926 steigerte Großbritannien sein Militärbudget um 100 Millionen Dollar und ist doch noch nicht den Ausgaben der Vereinigten Staaten nachgekommen, die größer sind als die jedes anderen Landes. Im Jahre 1927 verausgabte Großbritannien 660 Millionen Dollar, Japan 213 Millionen Dollar, Frankreich 218 Millionen Dollar, Italien 179 Millionen Dollar. Die Kosten des Militarismus in den Vereinigten Staaten steigen jedes Jahr ständig: im Jahre 1925/26 betragen sie 4,94 Dollar je Kopf, im Jahre 1927/28 stiegen sie auf 6,03 Dollar, ein Anwachsen, das weitaus größer ist als der Bevölkerungszuwachs.

### Das Heer der Vereinigten Staaten

Die Streitkräfte zu Lande sind in drei Kategorien geteilt: reguläres Heer, Nationalgarde und organisierte Reserve. Das reguläre Heer ist das permanente Kader; eine seiner Hauptaufgaben besteht darin, Zivilangehörige für die Mobilisierung in der Kriegszeit vorzubereiten. Die Nationalgarde ist eine Klassenmiliz, die die innere Ordnung, besonders während Streiks und Unruhen, aufrechthält und die reguläre Armee im Kriegsfall ergänzt. Die organisierten Reservisten sind Kaders von Offizieren, die zur Entwicklung einer Massenarmee im Kriegsfall bestimmt sind. Neben diesen gibt es noch das Reserve Officers Training Corps (ROTC), das Studenten in Erziehungsanstalten zu Offizieren heranbildet und die Citizens Military Training Camps (CMTC), die Studenten und Arbeiter zu Offiziersstellvertretern und zu Reserveoffizieren heranbilden.

Das reguläre Heer hat eine Präsenzstärke von 136 000 Mann, von denen 12 000 Offiziere sind. Diese kleine Anzahl von Offizieren gibt jedoch keine richtige Vorstellung von ihrer wahren Stärke, denn während des

Krieges gab es im Heere 86 000 Offiziere. Es gibt jetzt mehr als 128 000 Reserveoffiziere, und weitere Tausende werden in jedem Jahre herangebildet. Die kleine Stärke des regulären Heeres zeigt nicht die mögliche Stärke in Kriegszeiten. Der Kriegsminister Davis stellte im letzten Jahre fest, daß im Falle eines Krieges die sorgfältige industrielle Mobilisierung, die durchgeführt worden ist, die Regierung instand setzen werde, „ein Heer von 4 Millionen vollständiger auszustatten, als wir dies in den Jahren 1917/18 taten, und in einer kürzeren Zeit und um einige Milliarden Dollar weniger, als im Weltkriege für die Ausrüstung verausgabt wurden“.

Die mögliche Heeresstärke des Landes ist wichtiger als die regulären militärischen Streitkräfte. Ende 1926 sind die erzielbaren Heeresstärken der verschiedenen Mächte wie folgt gewesen:

L a n d	Reguläres Heer	Organisierte Reserven	Unorganisierte Reserven	Insgesamt	Proz. der Bevölkerung
Vereinigte Staaten	136 000	278 000	—	18 500 000	19,6
Großbritannien	200 000	307 000	5 670 000	6 136 000	13,6
Sowjetunion	654 000	412 000	11 935 000	13 000 000	9,6
Frankreich	668 000	5 280 000	765 000	6 713 000	17
Deutschland	100 000	—	8 400 000	8 500 000	13,6
Italien	237 000	4 075 000	2 088 000	6 400 000	15,2

Die Gesamtzahl von 18½ Millionen für die Vereinigten Staaten schließt ungefähr 5 Millionen Mann ein, die im Weltkriege militärische Ausbildung erhielten. Die britischen Zahlen für das reguläre Heer von 200 000 Mann enthalten Indien nicht, wohl aber die anderen Kolonien. Während des Weltkrieges wurden 5 Millionen Bürger der Vereinigten Staaten innerhalb 1½ Jahren mobilisiert. Die Anzahl der zum aktiven Dienst herangezogenen, in einem länger dauernden und größere Ansprüche stellenden Kriege, würde weitaus größer sein.

Neben der regulären Armee gibt es die Miliz der verschiedenen Staaten, die Nationalgarde, die eine Präsenzstärke von 175 000 hat, und auf eine Stärke von 250 000 gebracht werden soll. Andere Streitkräfte sind das Reserveoffizier-Corps mit 128 000, das Reserve Officers Training Corps (ROTC) mit 105 000 und Citizens Military Training Camps mit 112 000 ausgebildeten Offizieren und Mannschaften. Eine Gesamtstärke von 670 000 Soldaten und Offizieren ist die annähernde Stärke der Streitkräfte zu Lande der Vereinigten Staaten. Nach den offiziellen Berichten kann man wenig über die Verhältnisse und über den Geist der regulären Armee sagen. Der Kriegsminister erklärte im Jahre 1925, daß sich die Armee in einer „bewundernswerten Lage“ befinde, aber zwei Monate später sagte er, daß ihre Lage „äußerst ernst“ sei infolge schlechter Unterbringung, ungenügender Reserveverpflegung und Munition, eines hohen Prozentsatzes von Desertionsfällen usw. Alles hängt davon ab, wo die Rede gehalten wird, und welcher Eindruck hervorgerufen werden soll. Es ist jedoch richtig, daß der Prozentsatz von Desertionsfällen sehr hoch ist und im Jahre 1926 14 000 von 100 000 Mann betrug, was auf schlechte Verpflegung, Zwangsmaßnahmen usw. zurückzuführen ist.

Der Geist der Offiziere ist jedoch gut, denn sie rekrutieren sich aus dem Mittel- und Kleinbürgertum und sind in politischer Beziehung durch und durch mit kapitalistischer Ideologie erfüllt. Die Offiziere der Nationalgarde vertreten den reaktionärsten Teil der Bourgeoisie, da sie hauptsächlich gegen die Arbeiterbewegung verwendet werden. Die jungen Universitätsstudenten in der ROTC vertreten gleichfalls militaristische und imperialistische Teile der Bourgeoisie. Alle Offiziere machen eine vollständige politische Ausbildung durch, die sie mit Glauben an den Militarismus durchtränkt und zu unbedingtem Gehorsam gegenüber Befehlen erzieht. Die Offiziere stehen in enger Verbindung mit zahlreichen militaristischen Gesellschaften, besonders mit der Amerikanischen Legion.

Mehr als 40 000 Soldaten der regulären Armee befinden sich gegenwärtig in den Kolonien des Stillen Ozeans (Panamakanal, Hawaii und Philippinen), und viele von ihnen werden gegenwärtig gegen China verwendet. Sie sind zur Verwendung gegen Japan oder andere Feinde im kommenden Kriege im Gebiete des Stillen Ozeans gerüstet. Diese Truppen haben Hunderte von Flugzeugen, eine große Anzahl Tanks, Artillerie usw. Mehr als 5000 Soldaten befinden sich in China und weit mehr können in kürzester Frist vom Stützpunkte der Philippinen aus eingesetzt werden.

Die Kriegsbegeisterung wird durch zahllose militärische Manöver sorgfältig gepflegt, die unter Bedingungen durchgeführt werden, die denen des Ernstfalles möglichst entsprechen. Im Jahre 1925 gab es ein gemeinsames Manöver der Armee und Flotte auf Hawaii, das „ausgedehnteste, das jemals veranstaltet wurde“. Im Jahre 1926 gab es neben anderen Manövern den Panamerikaflug des Armee-Flugkorps. Dieses Jahr gab es die vereinigten Manöver des Heeres, der Flotte und der Flugzeuge in New England gegen einen angenommenen britischen Angriff, und in Texas die vereinigten Manöver des Heeres und des Flugkorps, „die größte Konzentration von Flugkräften seit dem Kriege“. Die Flotten- und Flugschau von 98 Kriegsschiffen und zahlreichen Flugzeugen fand vor einigen Monaten statt. Im September wird eine „Verteidigung“ von New York veranstaltet werden, bei der es eine große Konzentration von schwerer Artillerie und Flugzeugabwehrgeschützen geben wird.

### Flugwesen

Alle Großmächte, die Vereinigten Staaten voran, konzentrieren den größten Teil ihrer Aufmerksamkeit gegenwärtig auf das Flugwesen. Auf diesem Gebiete werden die größten Fortschritte der Militärtechnik gemacht. Während der letzten vier Jahre ist die Luftflotte der Vereinigten Staaten um 67 Prozent gewachsen, die Großbritanniens um 82 Prozent, Japans um 100 Prozent, Frankreichs um 22 Prozent, Italiens um 220 Prozent und die der Randstaaten der Sowjetunion um mehr als 100 Prozent. Das Programm für die nächsten drei bis vier Jahre in den meisten dieser Länder sieht ein ähnlich großes Anwachsen über die gegenwärtige Zahl hinaus vor. Großbritannien baut jetzt genügend Flugzeuge, um die Anzahl, die es besitzt, zu verdoppeln. Im Jahre 1926 betrug die Anzahl der in den Vereinigten Staaten gebauten Flugzeuge 1180, die in 67 Fabriken hergestellt wurden. Dies war ein Zuwachs von 60 Prozent gegenüber dem Vorjahre. Wenn wir berücksichtigen,

daß zivile Flugzeuge leicht in militärische verwandelt werden können, sehen wir, welch schnelle Fortschritte beim Aufbau des militärischen Flugwesens unter dem Deckmantel der Förderung des Handelsflugwesens gemacht werden. Im letzten Jahre flogen die Flugzeuge des Heeres und der Flotte in den Vereinigten Staaten 25 Millionen Meilen und die Handelsflugzeuge beinahe noch einmal so viel. Ungefähr 4500 Studenten erhielten Ausbildung als Piloten, eine größere Zahl als in irgendeinem anderen Lande der Welt. Während der letzten sechs Jahre wurden 200 Millionen Dollar für das Flugwesen des Heeres und der Flotte verausgabt, und in der letzten Parlaments-tagung wurden 107 Millionen Dollar mehr bewilligt. Während des im Juli 1927 beginnenden Budgetjahres werden 590 Flugzeuge für das Heer und 275 für die Flotte gebaut werden. Das Fünfjahresprogramm für das Flugwesen, das vom Parlament im letzten Jahre bewilligt wurde, sieht 2000 Flugzeuge für das Heer und 1000 für die Flotte bis 1932 und ein Personal von 1650 Offizieren und 15 000 Mann vor. Das Armeeluftkorps hat bereits 1100 Offiziere und 10 000 Mann. Das Fünfjahresprogramm sieht Ausgaben von 200 Millionen Dollar zum Ankauf von Flugzeugen vor und außerdem voraussichtlich ebensoviel für die Förderung des Flugwesens.

Die größten Verbesserungen in der modernen Kriegsführung werden im Flugwesen gemacht und die Vereinigten Staaten sind bei solchen technischen Fortschritten durchaus nicht am weitesten zurück. Das Parlament hat vor kurzem Mittel für ein neues Luftschiff bewilligt, das das größte der Welt sein wird. Seine Ausmaße sind folgende: Länge 870 Fuß, Inhalt 6 500 000 Kubikfuß nichtentzündlichen Heliumgases, Aktionsradius 6000 Meilen mit einer Schnelligkeit von 80 Meilen pro Stunde, Mannschaft 45 Offiziere und Mann, Tragfähigkeit 5 Flugzeuge. Eine andere Neuheit sind gepanzerte Flugzeuge, ein Zwillingmotor-Bombenwerfer, der eben für das Heer gebaut worden ist. Seine Konstruktion ermöglicht schnellsten Serienbau, hat eine längere Lebensdauer und ist leichter zu erhalten als die gegenwärtigen Bombenflugzeuge. Es steigt zweimal so schnell in die Höhe als irgendeines der existierenden Modelle, ist mit sechs Maschinengewehren in drehbaren Panzertürmen ausgerüstet und kann zwei Tonnen Bomben tragen. Die Mannschaft besteht aus fünf Mann, dem Piloten, einem Bombenwerfer und zwei Maschinengewehrschützen. Die Fahrtgeschwindigkeit beträgt 100 Meilen pro Stunde, die Höchstgeschwindigkeit von 120 Meilen pro Stunde kann acht Stunden lang durchgehalten werden. Einige andere neue Errungenschaften der Vereinigten Staaten sind dreizöllige Flugzeugabwehrgeschütze mit einer vertikalen Höchsttragweite von über 10 000 Yards; ein 105-mm-Geschütz mit einer vertikalen Tragweite von 14 000 Yards; ein nichtleuchtendes Pulver für den Nachtkampf bei gleichzeitig erhöhter Treffsicherheit; verbesserte Sicht- und Suchvorrichtungen usw. Seit dem Weltkriege wurden große Fortschritte in der Erhöhung der Reichweite, der Schnelligkeit des Auffindens der Ziele usw. gemacht. Die Anzahl der Treffer pro Geschützatterie ist in der Minute von 2 auf 7 gesteigert worden, die Schnelligkeit des Feuers aus dreizölligen Geschützen ist von einer Salve in je fünfeinhalb Sekunden auf eine solche in je drei Sekunden gesteigert worden. Die Zusammenarbeit von Hörapparaten und Scheinwerfern hat bei der Entdeckung und Beleuchtung von Flugzeugen, die in einer Höhe von 8500 Fuß über ein verteidigtes Gebiet flogen, nahezu hundert Prozent

Treffer ermöglicht, wie die kürzlichen Versuche in Kalifornien zeigen. Die Radiotelegraphie ermöglicht heute Verständigung zwischen Flugzeug und Erdstation bis zu einer Entfernung von 100 Meilen. Die Armee der Vereinigten Staaten hat eine neue Einrichtung zur Sendung von sichtbaren Signalen durch Radio von der Erdstation zu einem Flugzeuge erfunden, die den Bedarf an geschulten Funkern im Flugzeuge überflüssig machen, was zur Lenkung des Artilleriefeuers von Nutzen sein kann. Bei den erfolgreichen Flügen nach Hawaii wurde eine neue Funkeinrichtung verwandt, die den Piloten half, die richtige Richtung einzuhalten. Minen, die durch Radio reguliert werden, Treibminen, 2000 Kilogramm schwere Bomben, die Kriegsschiffe sprengen können, usw., sind andere neue Errungenschaften.

Zahlreiche kürzliche Uebungsflüge sind als nichtmilitärische Wagnisse verkleidet worden. Dazu gehören der panamerikanische Flug von 18 500 Meilen, die Flüge vom Atlantischen zum Stillen Ozean und von Kanada nach Mexiko, der Flug Byrds über den Atlantischen Ozean, der Flug nach Hawaii, die großen Manöver von mehr als hundert Flugzeugen in Texas und zahllose andere Versuche über Entfernungen, Beständigkeit, Tragfähigkeit usw. Die Flüge Lindberghs, Chamberlins und Byrds und die Hawaii-Flüge werden von den Militaristen aufs äußerste ausgenutzt, um die Empfindlichkeit der Vereinigten Staaten für Luftangriffe zu beweisen und es wird eine große Propaganda betrieben, um die „Begeisterung für die Luftflotte“ zu erhöhen. Innerhalb von zwei oder drei Wochen nach dem Fluge Lindberghs hat sich die Anzahl von Aufnahmebewerbungen für das Armeeluftkorps verdoppelt. Beim Abschluß dieses Abschnittes über das Flugwesen verlohnt es sich, einen Augenblick bei der Bedeutung der Entwicklung des Flugwesens für die Arbeiterklasse und die revolutionäre Bewegung zu verweilen, denn das Flugwesen wird dem Kapitalismus im Bürgerkrieg ebensogut dienen wie in Kriegen zwischen kapitalistischen Mächten. Jegliche Meuterei- oder Revolutionstätigkeit innerhalb des Heeres oder der Flotte kann leicht durch Flieger unterdrückt werden, die hauptsächlich Offiziere mit den oben beschriebenen Klassensympathien sind. Ihre strategische Ueberlegenheit in der Luft kann meuternde Soldaten unter der Drohung, mit Bomben beworfen zu werden, zur Kapitulation zwingen. Da die Piloten fast ganz allein arbeiten und nicht in Schützengraben gesammelt sind, nicht gemeinsamen Leiden ausgesetzt und für lange Zeiträume zusammengeballt sind, wie dies bei der Infanterie der Fall ist, entsteht das Gefühl der Solidarität gegen die Unterdrücker nur schwer. Die Verwendung von Flugzeugen gegen eine unterdrückte Nationalität ist ideal, denn eine große Menge kann ins Ausland geschickt werden, ohne jedes Aufsehen, das beispielsweise die Bewegung großer Truppenkörper hervorrufen würde. Die Arbeiter und die antiimperialistischen Elemente würden ihre Abfahrt kaum erfahren. Die Wirksamkeit einer solchen Aktion wurde bewiesen, als die britische Arbeiterpartei-Regierung Ramsay Macdonalds Flugzeuge zum Werfen von Bomben auf die aufständischen Eingeborenen des Irak entsandte.

### C h e m i s c h e s K r i e g s w e s e n

Die Verwendung von Giftgasen wurde in den Vereinigten Staaten Ende des letzten Jahres heftig diskutiert, als beschlossen wurde, sich ihrer Ab-



schaffung zu widersetzen. Mächtige Gruppen, wie die amerikanische Chemiegesellschaft, die Amerikanische Legion, das Kriegsdepartement, die Kriegschemie-Fabrikanten und die Militaristen im ganzen Lande protestierten gegen das Verbot der Verwendung von Giftgasen. Der Senat der Vereinigten Staaten lehnte einen Vertrag über Giftgase, der ihm vorgelegt wurde, ab. Alle Arten von Statistiken und Zeugnissen wurden angeführt, um das „Humane“ der Anwendung von Giftgasen zu beweisen. Die Presse stellte fest, daß nur 2 Prozent aller Todesfälle im Kriege auf Giftgase zurückzuführen waren; wenn aber diese Zahl richtig ist, so wahrscheinlich nur deshalb, weil Gase zum ersten Male im Jahre 1915 verwendet wurden und erst viel später im größeren Ausmaße zur Verwendung gelangten. Im Jahre 1918 waren 20 bis 30 Prozent aller Todesfälle der Amerikaner auf Gas zurückzuführen, und seit damals sind sowohl chemisch wie mechanisch ungeheure Fortschritte gemacht worden. Das Gerede über nur 2 Prozent Todesfälle, die auf Gas zurückzuführen sind, entspringt der Propaganda, die das Kriegsdepartement macht, das den chemischen Krieg „als besonders human“ bezeichnet. Die Fähigkeit der amerikanischen chemischen Industrie, größere Mengen von Giftgasen zu erzeugen als andere Nationen, was auf die Masse ihrer Rohstoffe und auf die Massenproduktion zurückzuführen ist, wurde als ein weiteres Argument gebraucht. Die Vereinigten Staaten haben im Jahre 1899 und seit damals bei zahlreichen Gelegenheiten Verträge unterzeichnet, die die Verwendung von Giftgasen für ungesetzlich erklären. Am 17. Juli 1925 wurde auf Drängen der Vereinigten Staaten von 27 Nationen eine Vereinbarung in Genf unterzeichnet, die den Gebrauch von Bakterien und Giftgas in Kriegszeiten für verboten erklärt, aber im letzten Jahre stellt der Staatssekretär Kellogg fest, daß „alle Regierungen anerkennen, daß sie vollauf vorbereitet sein müssen, was das chemische Kriegswesen und besonders was die Verteidigung dagegen betrifft, ohne Rücksicht auf irgendwelche teilweise oder allgemeine internationalen Vereinbarungen, die das Verbot der tatsächlichen Verwendung dieser Kriegsmittel vorsehen“. Der Vorsitzende des Militärausschusses des Senats, Wadsworth, stellte zynisch fest, daß, „wenn Kriege ausbrechen, Verträge und Vereinbarungen zugrunde gehen“.

Ein amerikanischer Offizier, der in „Current History“ von Juni 1926 über chemisches Kriegswesen schreibt, spricht von „herzerreißenden Plänen, die zum Gegenstand von Versuchen gemacht werden, die sich auf Werfen von Bomben aus Flugzeugen, auf Gasverbreitung, auf Keimverbreitung und auf Verwüstung durch flüssiges Feuer beziehen“, um die Moral hinter den Schlachtreihen zu schwächen. Genaue Pläne sind ausgearbeitet worden, um Städte, besonders Industrie- und Eisenbahnzentren, Erntengebiete, Spitäler, Wasserwerke, Lebensmittelbetriebe mit Bomben und Gas zu belegen, kurzum, für das „äußerste Ausrotten des Lebensnotwendigen und für das Entstehen und Verbreiten von Hungersnot und Pestilenz unter der feindlichen Bevölkerung“. Der uneingeschränkte Verbrauch und halbgeheimer Charakter von Flugzeugen, chemischen Kriegsmitteln und Unterseebooten gegen Nichtkombattanten ist äußerst wichtig, denn „Führer des Heeres und der Flotte setzen den Wert der moralischen Einwirkung gleich 20 zu 1 gegen jede andere größere Waffe in der modernen Kriegsführung“.

### Militarisierung der Jugend

Es wird eine ausgedehnte Propaganda betrieben, um die Jugend des Landes sowohl in den Schulen wie in den Fabriken zu militarisieren und, als eine Krönung all dessen, alle antimilitaristischen Organisationen zu bekämpfen. Diese Propaganda ist notwendig angesichts der Schwierigkeiten der Rekrutierung, denn im Weltkrieg hat sich weniger als ein Prozent der fünf Millionen freiwillig zum Heeresdienst gemeldet. Das schnelle Anwachsen des Militarismus in den Schulen des Landes wird durch die Tatsache bewiesen, daß im letzten Jahre 112 500 Studenten aus ROTC hervorgingen, von denen 5760 Berufungen in das Offiziersreservekorps erhielten. Im letzten Jahre trugen sich 125 000 Studenten aus 257 Lehranstalten in ROTC-Einheiten ein und auch in 50 anderen Anstalten gab es militärische Ausbildung. Nahezu ein Viertel aller höheren Lehranstalten des Landes hat ROTC-Einheiten und nahezu die Hälfte all dieser Anstalten macht die Teilnahme obligatorisch. Auch die Flotte hat eine ROTC, die während des Sommers praktische Ausbildungskurse auf Kriegsschiffen veranstaltet, um das Reserveoffizierkorps zu vergrößern.

Der Versuch, junge Arbeiter auszubilden, wird hauptsächlich in den Citizens Military Training Camps vorgenommen, die den Zweck haben, Offiziersreserven zu schaffen. Die Mehrzahl der Teilnehmer sind noch Studenten, aber das Kriegsdepartement macht Propaganda unter den jungen Arbeitern, um mehr von ihnen zu veranlassen, in die Camps zu gehen. Die Geschäftsleute arbeiten dabei mit, denn im letzten Jahre haben 200 Korporationen in der Stadt New York ihre Angestellten zu Besuchen aufgefordert. Während der letzten sieben Jahre sind mehr als 200 000 Leute eingetragen worden, davon die große Mehrheit junge Männer. Im Jahre 1927 wurden 37 000 Mann in 53 Camps eingetragen. Und das Ziel der Regierung ist es, die Anzahl, die in jedem Jahre ausgebildet wird, auf 100 000 zu steigern. Die Pfadfinder, die mehr als eine halbe Million Mitglieder zählen, sind eine mächtige Quelle militaristischer Propaganda unter den Kindern des Landes. Ehemalige Mitglieder der Abteilung, die sich „Pfadfinder zur See“ nennt, besetzten im letzten Jahre die meisten freien Offiziersposten in zwei wichtigen Reservedivisionen der Marine.

### Industrielle Mobilisierung des Landes

Vor einiger Zeit war viel die Rede von der Mobilisierung des Kapitals sowie der Arbeiter im nächsten Kriege, und Coolidge trat in seiner Rede am letzten Jahrestage des Waffenstillstandes dafür ein: Aber in seiner Botschaft an das Parlament einen Monat darauf vergaß er das Kapital, und der Kriegsminister erklärte vor kurzem, daß das Kapital nicht nur nicht mobilisiert, sondern daß ihm höhere Preise für Kriegsmaterialien gezahlt werden würden. Die Regierung hat einen Rat für Landesverteidigung organisiert, der das Land in 14 Industriebezirke geteilt hat. Diese organisieren die Herstellung aller Kriegs- und Hilfsmaterialien. Vollständige Fabrikationspläne, Spezifikationen und Voranschläge von Material sind für eine große Anzahl von Kriegsartikeln hergestellt worden. Es wurden Verträge vorbereitet, die nur unterzeichnet werden müssen, um beim Ausbruche eines Krieges wirksam zu werden. Solche Verträge sind ein mächtiger Ansporn,

um unter den Fabrikanten des Landes Bereitschaft und Stimmung für den Krieg zu schaffen, denn, wenn es keinen Krieg gibt, werden diese Aufträge im Werte von Milliarden Dollars verloren sein. Die Anzahl der in Betracht kommenden Industrien geht aus der Tatsache hervor, daß das Kriegsministerium für Massenproduktion in der Kriegszeit mehr als 700 000 Artikel vorgesehen hat. Bei der Beendigung des Weltkrieges reservierte die Regierung genügend Kriegsmaterial für eine Armee von einer Million Mann, und dies zusammen mit den gewaltigen Rohmaterialquellen und den Möglichkeiten der Massenproduktion sichern entsprechende industrielle Unterstützung im Kriegsfall. In fast allen Regierungsdepartements hat die Rockefeller-Morgan-Bankgruppe Mitglieder ihrer Firmen oder anderer von ihnen kontrollierten Banken und Verbände sitzen. Darunter befinden sich der Gehilfe des Kriegsministers Davidson, der Sohn eines verstorbenen Teilhabers Morgans, und der Vorsitzende der Regierungskommission für Flugzeuge, Morrow, zur Zeit Teilhaber Morgans.

### Patriotische und militaristische Organisationen

Es gibt eine gewaltige Anzahl solcher Organisationen in den Vereinigten Staaten, von denen jede ihr möglichstes tut, um Kriegsbereitschaft und Militarismus zu propagieren und Pazifisten, Kommunisten, sowie die Arbeiterbewegung zu bekämpfen. Sie sind ebenso geschäftig im Interesse der Unternehmervereinigungen und großen Korporationen, die sie in ihrer militaristischen Arbeit unterstützen. Anfang dieses Jahres trafen etwa 30 patriotische Gesellschaften, Offiziersorganisationen, Vereinigungen von Geschäftsleuten und die American Federation of Labor (AFofL) zusammen, um eine Bewegung im ganzen Lande zu organisieren, die das Parlament zugunsten der Rüstungen beeinflussen sollte. Eine der wichtigsten militaristischen Organisationen im Lande ist die Amerikanische Legion, die 10 000 Ortsgruppen und eine Mitgliedschaft von einer Million ehemaliger Kriegsteilnehmer hat. Sie wird von einer Offizierskaste, von hochgekommenen Kriegsgewinnlern, Kleinbürgern usw. beherrscht. Sie unterscheidet sich von der Mehrzahl der militaristischen Organisationen dadurch, daß sie zahllose Fälle von Gewalttaten gegen Radikale, Pazifisten, Arbeiterorganisationen und Kommunisten auf dem Gewissen hat. Der Führer der Legion lud Mussolini vor einigen Jahren ein, ihren Kongreß zu begrüßen, wobei er erklärte: „Vergessen Sie nicht, daß die Faschisten für Italien das gleiche sind, was die Amerikanische Legion für die Vereinigten Staaten ist.“ Die meisten anderen Organisationen, mit Ausnahme des Ku Klux Klan, beschränken sich auf legale Aktionen und Propaganda.

Die National Security League (Liga für die Sicherheit des Landes), eine andere militaristische Gesellschaft, an deren Spitze ein ehemaliger Armeegeneral steht, wird von einer parlamentarischen Untersuchungskommission wie folgt gekennzeichnet: „Würde der Vorhang zurückgezogen werden, so würden die Hände von Rockefeller, Vanderbilt, Morgan . . ., Guggenheim gesehen werden, wie sie Stahl, Oel, Geldsäcke, russische Schatzscheine, Gewehre, Pulver und Eisenbahnen anbieten.“ Der Vorsitzende der American Defense Society (Amerikanische Verteidigungs-Gesellschaft), Hooker, ist der Vorsitzende einer großen kriegsschemischen Industrie-Gruppe, und die Gesell-

schaft ist eine der aktivsten bei der Bekämpfung von Kommunisten und Gewerkschaften, sowie bei dem Eintreten für industrielle und militärische Bereitschaft. Die National Civic Federation ist eine Gruppe von Bankleuten der Wall Street, Industriellen und von Bürokraten der AFofL. Ihr führendes Haupt, der Vizepräsident der AFofL, Woll, trat für den Ueberfall auf die Arcos ein und verlangte ein ähnliches Vorgehen in den Vereinigten Staaten. Die Federation unterstützte Koltshak und den Großfürsten Cyrill und griff die russische Hungerhilfe an. Sie tritt für militärische Bereitschaft ein, und da Hooker einer ihrer Leiter ist, setzt sie sich für die Unterstützung der chemischen Kriegsindustrie ein. Gegenwärtig wird der „Daily Worker“, das Organ der Kommunistischen Partei Amerikas, von der Regierung auf Veranlassung der „Keymen of America“ (Schlüsselmänner Amerikas), einer patriotischen Organisation, die von Vertretern anderer patriotischer Gesellschaften, Armeeeoffizieren, Vorsitzenden großer Industriegruppen usw. geleitet wird, verfolgt; mit ihr vereinigt ist der Generalinspektor und Chef des kriegschemischen Amtes in den Vereinigten Staaten. Die Ursache der Verfolgung ist die energische Kampagne der Partei gegen den Krieg in China und gegen die Kriegsgefahr.

#### Die Arbeiterbewegung und der Militarismus

Die AFofL ist reaktionärer als jede andere Gewerkschaftsorganisation der Welt, und ihre Taktik der Arbeitsgemeinschaft und des Militarismus ist an schändlichem Opportunismus unübertroffen. Sie beteiligt sich an der National Civic Federation der Wall Street, arbeitet mit der Amerikanischen Legion zusammen und unterstützt die CMTC. Ihre Führer helfen bei der Taufe von Kriegsschiffen mit und widersetzen sich dem Bau von Kanonenbooten der Vereinigten Staaten in Schanghai zur Verwendung auf dem Jangtsestrom, weil sie wollen, daß diese Schiffe in den Vereinigten Staaten gebaut werden. Sie haben die Kriegspolitik der Regierung gegen China, Nikaragua und Mexiko und die Regierungspolitik der Nichtanerkennung der Sowjetunion usw. unterstützt. Die Rückständigkeit der amerikanischen Arbeiter ist aus der Tatsache zu ersehen, daß neun Zehntel von ihnen die AFofL so radikal finden, daß sie sich weigern, ihr beizutreten.

Die SP ist fast ebenso reaktionär gewesen wie die AFofL. Während des Weltkrieges wandelte sich ihr Pazifismus in Patriotismus, und jetzt weigern sie sich, in irgendeiner Weise der Kriegsdrohung gegen die Sowjetunion entgegenzutreten. Ihre Presse unterstützte den Krieg gegen Nikaragua und mahnte nur, daß er gesetzmäßig und „rechtmäßig . . . wie es unsere Verfassung verlangt“, gemacht werde. Victor Berger, einer der Führer der SP, fand keinen Gefallen an der rücksichtslosen Kriegsführung gegen Nikaragua und verlangte zu wissen, ob nicht eine Art „friedlicher Durchdringung“ möglich wäre. Die SP findet die Aussicht auf einen Krieg gegen die Sowjetunion bloß „interessant“ und wird die Imperialisten in einem solchen Kriege unterstützen, gerade so, wie es ihre Gefährten in der ganzen Welt tun werden.

Die KP ist in den Vereinigten Staaten an Mitgliedern und Einfluß schwach, tut jedoch ihr Bestes, um den Militarismus und die Kriegsgefahr zu bekämpfen. Sie hat eine energische Kampagne gegen die Angriffe auf Nikaragua, Mexiko und China geführt und verwendet viel Mühe darauf, die

Arbeiter wachzurütteln gegen die Drohung der Kriegsgefahr und der Offensive gegen die Sowjetunion. Diese Bemühungen werden möglicherweise infolge der Rückständigkeit der amerikanischen Arbeiter und der Stärke des amerikanischen Militarismus erfolglos bleiben, die Kommunisten tun jedoch ihr möglichstes.

### Schl u ß f o l g e r u n g e n

Die Kriegsgefahr ist jetzt größer als zu irgendeiner anderen Zeit seit dem Weltkrieg, und es würde wenige Aufmerksame überraschen, wenn der Krieg im nächsten Jahre oder in zwei Jahren zum Ausbruch käme. Es genügt eine Aufzählung der Gefahrenpunkte, um dies zu begreifen: die vereinigten imperialistischen Angriffe auf China, die Provokation Großbritanniens und der Randstaaten gegen die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und Mexiko, Nikaragua und Südamerika, Italien und Jugoslawien, die militärische Mobilisierung der landwirtschaftlichen Arbeiter in Ungarn, Frankreich, Italien usw. Die Imperialisten versuchen die Organisationen der Arbeiterklasse bei den Vorbereitungen zu diesem neuen Gemetzel zu zertrümmern, wie dies das Gewerkschaftsgesetz in Großbritannien, die Arbeitscharta in Italien, die Kampagne gegen den Achtstundentag in Deutschland, das militärische Mobilisierungsgesetz in Frankreich, die Zwangsschlichtung in Norwegen usw. zeigen. Marschall Foch sagt einen Weltkrieg innerhalb fünfzehn Jahren voraus. Das wichtigste hieran ist, daß er mit seinem Ausbruch rechnet, wenn er ihn auch für weit in der Zukunft liegend hält.

Die Vereinigten Staaten werden bei jedem neuen Kriege eine führende Rolle spielen. Das Zeitalter ihrer passiven Rolle als Verkäufer von Materialien und als Kreditgeber ist vorbei. Von jetzt an werden sie aktive Teilnehmer und sind industriell, finanziell und militärisch für eine aggressive Rolle vorbereitet. Das Rühmen mit einer friedlichen Vergangenheit ist lächerlich, denn während der 150 Jahre ihres Bestandes haben die Vereinigten Staaten während 79 Jahren Kriege geführt.

E. V A R G A :

## HOCHKONJUNKTUR UND ARBEITERSCHAFT IN DEUTSCHLAND

In Deutschland gibt es gegenwärtig eine Hochkonjunktur. Das erstmal nach dem Kriege. Das erstmal in einem europäischen Lande mit stabiler Valuta nach dem Kriege!

Dies ist eine wichtige Tatsache, die eine ganze Reihe von Problemen aufwirft. Wie kommt es, daß gerade in dem besiegten Deutschland trotz der Reparationslasten eine Hochkonjunktur zustande kam? Bedeutet das Zustandekommen der Hochkonjunktur das Ende der relativen Stabilisierung und den Beginn einer Periode des neuen Aufstieges für den deutschen Kapitalismus? Was für eine Rolle spielt die



**Rationalisierung beim Zustandekommen dieser Hochkonjunktur? Wie hängt die deutsche Hochkonjunktur mit der Gestaltung der ganzen Weltkonjunktur zusammen? Wie gestaltet sich die deutsche Arbeiterbewegung unter dem Einfluß der Hochkonjunktur?**

Es ist im Rahmen eines Artikels unmöglich, auf alle diese Fragen eine ausreichende Antwort zu geben. Wir können nur die wichtigsten Tatsachen analysieren.

### Der ökonomische Charakter des Konjunkturganges in Deutschland

Wenn wir den Gang der Konjunktur in Deutschland seit der Stabilisierung betrachten, so sind die auffallendsten Erscheinungen:

1. Der fehlende Zusammenhang mit dem Konjunkturgang in den anderen kapitalistischen Ländern — eine allgemeine Erscheinung im Nachkriegskapitalismus.\*

2. Die außerordentliche Kürze der einzelnen Phasen. Wir können seit der Stabilisierung feststellen:

„Stabilisierungskrise“: Herbst 1923 bis Sommer 1924

Gute Konjunktur: Herbst 1924 bis Herbst 1925.

„Rationalisierungskrise“: Winter 1925/26 bis Herbst 1926.

Besserung der Konjunktur: Herbst 1926 bis Winter 1927.

Gute Konjunktur: seit Frühjahr 1927.

Es fragt sich nun: was ist die Ursache dieser Kürze der Konjunkturwellen? Wir glauben, daß in erster Linie die Tatsache ausschlaggebend ist, daß trotz des stetigen Aufstieges des deutschen Kapitalismus in den letzten Jahren die vorhandene Masse von Zirkulationskapital für eine länger andauernde Konjunktur ungenügend ist.

Diese ungenügende Versorgung mit Kapital äußert sich darin, daß an Stelle des „normalen“ Typus der Krise, ein neuer Krisentypus entsteht. Der „normale“ Krisentypus entsteht dadurch, daß die Produktion von Konsumtionsmitteln über die Konsumtionskraft der Gesellschaft, unter den gegebenen antagonistischen Distributionsverhältnissen, hinaus gesteigert wird; daß der Produktionsapparat so stark erweitert wird, daß für die Produkte der erweiterten Anlagen, bei der gegebenen Konsumtionskraft der Gesellschaft, kein Absatz vorhanden ist, also eine Ueberproduktion an Konsumtionsmitteln eintritt, die automatisch zu einer Ueberproduktion auch an Produktionsmitteln (Abt. I von Marx) führt, da alle Produktionsmittel letzten Endes der Produktion von Konsumtionsmitteln dienen. Ist kein Absatz für die Konsumtionsmittel vorhanden, so werden auch die Produktionsmittel überflüssig.

Krisen können aber auch durch eine andere Art der Disproportion entstehen: wenn aus dem Wertprodukt  $v + m$  eines Zeitabschnittes ein zu großer Teil für die Produktion von Produktionsmitteln (Abt. I) und ein zu

\* Es wäre freilich unrichtig, anzunehmen, daß vor dem Kriege Depression, Aufschwung und Krise in allen kapitalistischen Ländern vollkommen gleichzeitig erfolgt wären. Siehe die außerordentlich interessante, wenn auch ganz schematische Beschreibung des Konjunkturganges in der ganzen Epoche des Kapitalismus von 1790 bis 1925 in dem amerikanischen Buch: „Business Annals“ von W. C. Mitchell und seinem Mitarbeiter W. L. Thorp. New York 1926.

geringer Teil für die Produktion von Konsumtionsmitteln (Abt. II) disponiert wird. Anders ausgedrückt: wenn versucht wird, von dem Produktenwert ( $c + v + m$ ) zu viel in Form von Produktionsmitteln und zu wenig in Form von Konsumtionsmitteln zu reproduzieren. Dies bedeutet anders ausgedrückt: wenn die Akkumulationskraft des Landes von den die Produktionsverteilung bestimmenden Kapitalisten überschätzt wird. Eine Disproportion dieser Art führt dadurch zur Krise, daß die Kapitalkraft nicht hinreicht, die begonnenen Neuanlagen, Fabriken, Bauten usw. zu beenden. Sie äußert sich in einem scharfen Mangel an Leihkapital, da der Mangel an realem Kapital, der durch die unproportionelle Disponierung der vorhandenen realen Mittel entsteht, sich in einer stürmischen Nachfrage nach Leihkapital äußert, da jeder individuelle Kapitalist (auch Aktiengesellschaften gelten in diesem Zusammenhange im Gegensatz zu der Totalität des Kapitalismus des betreffenden Landes als individuelle Kapitalisten) die von ihm begonnenen Neuanlagen zu Ende führen will, da unvollendete Anlagen schwere Kapitalverluste bedeuten.\*

Es ist selbstverständlich, daß je ärmer ein Land ist, je geringer seine Reserven an konstantem zirkulierendem Kapital sind, eine derartige Disproportion desto rascher zu einer Krise führen muß. Dies scheint uns nun die Ursache der kurzen Dauer der Konjunkturwellen in der Nachkriegszeit in Deutschland zu sein.

Die Rationalisierung erforderte eine großzügige Umgestaltung des Produktionsapparates, d. h. Festlegung eines bedeutenden Teiles des Produktenwertes in Produktionsmitteln (Abt. I), insbesondere in Form von fixem Kapital.\*\* Die Kapitalkraft Deutschlands reichte nicht aus, um einen so großen Teil des Produktenwertes in Form von Produktionsmitteln, insbesondere fixen Kapitals festzulegen. Daher die Notwendigkeit des Kapitalimportes bei jeder Besserung der Konjunktur bzw. der Passivität der Außenhandelsbilanz, zwei Erscheinungen, die im Falle Deutschlands, das kein nennenswertes Auslandseinkommen („invisible exports“) hat, im Wesen

\* Cassel, der ausgesprochenste Vulgärökonom der Gegenwart baut seine ganze Konjunkturtheorie auf dem Mangel oder Ueberfluß von Leihkapital auf; die jeweilige Höhe des Zinsfußes, der von den Zentralbanken entscheidend bestimmt wird, entscheidet über den Konjunkturgang. Darunter aber liegt eben der Gedanke dieses Krisentypus verborgen. (Siehe G. Cassel: „Theoretische Sozialökonomie“, IV. Auflage, S. 472—574.)

\*\* Es gibt keine Statistik über die Neuanlagen in Deutschland. Aber wir haben ein sehr wichtiges, für den ganzen Produktionsapparat richtunggebendes Zeichen: die Tatsache der außerordentlich starken Ausdehnung der in der deutschen Industrie angewandten motorischen Kräfte, die folgende Daten der Betriebszählung 1925 zeigen:

Leistung der zum Antrieb von Arbeitsmaschinen in der Industrie verwendeten Kraftmaschinen und Motore.

(Industrie einschl. Bergbau, Baugewerbe, Handwerk, ohne Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung.)

	1000 PS	
1907	1925	Zunahme
6223	18 099	184 Prozent

Wenn wir für die Periode 1907 bis 1913 84 Prozent ansetzen, so erhalten wir für 1914 bis 1925 gegenüber 1913 eine Zunahme von 100 Prozent des Standes von 1907. Juni 1925 war aber die Rationalisierung noch in vollem Gange, so daß seither eine weitere starke Steigerung des fixen Kapitals der Industrie stattgefunden hat.

gleichbedeutend sind. Daher sehen wir mit der Besserung der Konjunktur ein paralleles rasches Ansteigen der Passivität des Außenhandels, die im Juni die enorme Summe von 450 Millionen Mark erreichte.

Die Parallelität zwischen Konjunkturaufstieg und Passivität der Handelsbilanz zeigt sich klar, wenn wir den Außenhandel nach den oben angegebenen Konjunkturabschnitten gruppieren:

Außenhandel (reiner Warenverkehr)						
	Ein- fuhr	Monats- durch- schnitt	Aus- fuhr	Monats- durch- schnitt	Ueber- schuß	Monats- durch- schnitt
	Millionen Mark		Gegenwartswert			
„Stabilisierungskrise“ Jan.—Sept. 1924 . . .	5 989	665	4 541	504	— 1448	— 161
„Gute Konjunktur“ Okt. 24—Okt. 25 . . .	13 941	1072	10 103	777	— 3838	— 295
„Rationalisierungskrise“ Nov. 25—Sept. 26 . . .	8 519	775	9 047	822	+ 528	+ 48
„Gute Konjunktur“ Okt. 26—Juni 27 . . .	9 715	1080	7 366	818	— 2349	— 261

Der Außenhandel wird in den Perioden der guten Konjunktur stark passiv, weil eben die Kapitalkraft des Landes nicht ausreicht, um die Erweiterung des Produktionsapparates fortzuführen. Hierzu ist Kapitalzufuhr aus dem Ausland unentbehrlich.\* Es wurde an öffentlich gezeichneten Auslandsanleihen ausgenommen:

Millionen Mark							
1924	1925	1926	1927**				
			I. Viertel	April	Mai	Juni	Juli
1001	1244	1516	95	4	35	116	383

Der Versuch, den Zufluß von Auslandskapital im Jahre 1927 zu verhindern, drohte bereits im Mai zu einer scharfen Krise zu führen. Die Devisenvorräte der Reichsbank hatten um eine Milliarde Mark abgenommen und gingen ihrem Ende entgegen. Der Kurs der Mark streifte den Goldexportpunkt. Die Reichsbank mußte Gold nach dem Ausland abgeben, um die Parität sicherzustellen. Der gewaltsame Versuch, Leihkapital aus dem Börsengeschäft herauszuziehen und der Industrie zuzuführen, ergab den Börsenkrach, ohne an dem Kapitalmangel der Industrie etwas zu ändern. Es blieb nichts anderes übrig, als der Kapitaleinfuhr wieder freien Lauf zu lassen. Nachdem im Monat April — seit der Stabilisierung das erstmal — keine deutschen Anleihen im Ausland aufgelegt wurden, wurden im Juni 116 Millionen, im Juli sogar 383 Millionen — wohl die höchste Monatssumme mit Ausnahme der Dawes-Anleihe — an Auslandsanleihen aufgelegt.

Dieser ökonomische Charakter der Hochkonjunktur bedeutet zugleich, daß sie eine reine Inlandskonjunktur ist. Tatsächlich zeigt unsere obige nach Konjunkturphasen gruppierte Außenhandelsstatistik, daß im ersten Halbjahr 1927 die Ausfuhr sich nicht gehoben hat. Die Position Deutschlands als Exporteur auf dem Weltmarkt hat sich durch die Hochkonjunktur ganz und gar nicht gebessert.

\* Das Gesamtdefizit des Außenhandels seit der Stabilisierung betrug ungefähr 7 Milliarden Mark. Hierin sind die Reparationssachlieferungen mitenthalten. Das Defizit wurde durch den Rückfluß von Kapital, das in der Inflationsperiode geflüchtet war, durch Verwendung der in der Inflationszeit in Deutschland als Zirkulationsmittel dienenden ausländischen Noten und durch Kapitalimport gedeckt.

\*\* Daten nach „DAZ“ vom 12. August. Die Beträge werden in den verschiedenen Quellen mit nicht unbedeutenden Abweichungen angegeben.

Daher wäre es absolut voreilig, aus der Tatsache, daß eine Hochkonjunktur in Deutschland überhaupt zustande gekommen ist, auf das Ende der „relativen“ Stabilisierung zu schließen! Für ein hochkapitalistisches Industrieland wie Deutschland kann der Kapitalimport keine Dauererscheinung sein, können Konjunkturen nicht dauernd durch Kapitalimport erkaufte werden. Der deutsche Kapitalismus muß durch einen Exportüberschuß die Mittel für die Verzinsung der aufgenommenen Anleihen und der Reparationen aufbringen. Dies erfordert eine gewaltige Steigerung des Exportes von industriellen Fertigwaren (Rohstoffe kann Deutschland außer Kohle und Kali keine ausführen). Es wird sich erst später zeigen, ob es dem deutschen Kapitalismus gelingt, auf dem Weltmarkt Absatz für die Waren des durch die Rationalisierung verbesserten und erweiterten Produktionsapparates zu finden!

Es muß dabei betont werden, daß der durch die Rationalisierung erreichte Vorsprung in der Herabsetzung der Produktionskosten keine vollständige Gewähr für eine Steigerung der Ausfuhr ist; denn neben dem Preis entscheidet auch die Möglichkeit langfristige Kredite zu gewähren, Kapital zu exportieren, wozu der deutsche Kapitalismus vorläufig nur in ganz geringem Grade fähig ist. Er kann nur geliehenes Auslandskapital weiterexportieren. Es besteht die Möglichkeit Kapital in Form von Leihkapital gegen Zins zu importieren und als profittragendes industrielles Kapital zu exportieren. Die Differenz zwischen Zinsrate und Profitrate verbleibt der deutschen Bourgeoisie.\*

Kurz zusammengefaßt: Die Hochkonjunktur bedeutet zwar eine weitere Stufe im stetigen Aufstieg des deutschen Kapitalismus seit der Stabilisierung; sie wird aber von kurzer Dauer sein\*\* und bedeutet keineswegs das Ende der relativen Stabilisierung. Es wird von der Gestaltung des Schicksals des Weltkapitalismus und von der Art der Lösung der Reparationsfrage abhängen, wie sich das Schicksal des deutschen Kapitalismus weiter gestaltet.

### Die Hochkonjunktur und das Proletariat

Wie hat sich das Los der deutschen Arbeiterschaft in der Hochkonjunktur gestaltet? Es ist zweifellos, daß das Lohneinkommen der gesamten Arbeiterklasse stark gestiegen ist, daß die Kurzarbeit fast ganz liquidiert ist, mehr als eine Million Arbeitsloser wieder Arbeit gefunden haben, und daß gegenwärtig in großem Ausmaße Ueberstunden geleistet werden.

Doch darf auch dies nicht überschätzt werden. Obwohl gegenwärtig in manchen Industriezweigen über Mangel an geeigneten Arbeitskräften geklagt

\* Die Differenz ist nicht besonders groß, da die deutsche Bourgeoisie für ihre Auslandsanleihen noch immer recht hohe Zinsen zahlen muß. Die Vereinigten Stahlwerke, der allergrößte Industrietrust Deutschlands, zahlten für ihre im Juli aufgenommene 30-Millionen-Anleihe 6½ Prozent bei einem Emissionskurs von 98,5. Wenn wir noch die Provision der Banken in Betracht ziehen, zahlen sie fast 7 Prozent!

\*\* Bereits Mitte August zeigen sich die ersten Symptome des Abflauens der Konjunktur. — Zahlungsschwierigkeiten im Bauwesen (Kapitalmangel), aber auch bereits im Textilhandel!

wird, übertrifft die Arbeitslosigkeit noch immer bei weitem das in der Vorkriegszeit als normal geltende. Ende Juli, wo Hochkonjunktur und Saisonbeschäftigung (Bauindustrie, Ernte) zusammenfallen, gab es 453 000 unterstützte Arbeitslose. Hierzu die der Krisenfürsorge Anheimgefallenen und die „Abgelehnten“, die keinerlei Unterstützung erhalten (amtlich auf 10 Prozent geschätzt): zusammen noch immer rund drei Viertel Millionen!

Die Erhöhung des Gesamteinkommens der Arbeiterklasse zeigt sich in dem erhöhten Verbrauch an billigen Textilwaren und Schuhen, wie auch an verschiedenen, nicht unbedingt unentbehrlichen Lebensmitteln. Im Bericht des Reparationsagenten finden wir hierüber folgende Zahlen:

	Verbrauch von Lebensmitteln				
	Fleisch	Zucker 1000 Tonnen	Kaffee	Tabak	Bier 1000 hl
1925 1. Viertelj.	513	297	26	27	8662
1926 1. Viertelj.	560	296	32	25	9956
1927 1. Viertelj.	609	313	40	28	10051

Die Ziffern für das 2. Vierteljahr 1927 dürften noch höher sein.

Dagegen hat sich der Lohn in dem Sinne, wieviel reales Entgelt für eine Stunde Arbeit gezahlt wurde, in der Periode der guten Konjunktur nicht gehoben! (Dies ist eine der grundlegenden Tatsachen für das deutsche Proletariat!)

Wir entnehmen folgende Zahlen — um jeden Verdacht der kommunistischen Schwarzfärberei auszuschalten — einer Zusammenstellung des „Vorwärts“\*:

Der tarifliche Stundenlohn der gelernten Arbeiter betrug (in Pfennigen):

	1913	1927		Steigerung in Prozent vom Januar bis 1. Juli**
		Jan.	Juli	
Bergbau . . . . .	—	106,3	112,5	5,8
Metallindustrie . . . . .	66,8	91,4	97,4	6,6
Chemische Industrie . . . . .	57,0	85,2	92,3	8,3
Baugewerbe . . . . .	71,8	115,2	121,2	5,2
Holzgewerbe . . . . .	62,7	91,7	103,2	12,5
Papierzeugungs-Industrie . . . . .	32,6	68,1	73,3	7,6
Textilindustrie, männl. . . . .	43,2	66,3	66,9	0,9
Textilindustrie, weibl. . . . .	31,1	51,5	52,6	2,1
Brauindustrie . . . . .	—	103,5	107,8	4,1
Süß-, Back- und Teigwarenindustrie . . . . .	50,4	84,9	89,1	4,9
Buchdruckgewerbe . . . . .	—	95,9	102,9	7,3
Karton-Industrie, männl. . . . .	48,2	77,4	82,9	7,1
Karton-Industrie, weibl. . . . .	28,0	50,9	54,4	6,9
Reichsbahn . . . . .	62,6	82,2	87,1	6,0
Gesamtdurchschnitt . . . . .	67,3	94,9	100,7	6,1
Ungelernte Arbeiter . . . . .	46,2	66,7	72,7	9

\* „Vorwärts“ vom 10. August 1927.

\*\* Es muß beachtet werden, daß während der letzten Monate des Jahres 1926 die tariflichen Stundenlöhne der gelernten Bergarbeiter um 4,1 Prozent, die der männlichen resp. weiblichen Textilarbeiter um 6,3 und 4,3 Prozent gestiegen sind.



Demgegenüber sind die amtlich ausgewiesenen Lebenshaltungskosten seit Januar um mehr als zwei Prozent gestiegen; der „Vorwärts“ stellt selbst fest:

„Die Steigerung gegenüber dem realen Lohnniveau zu Anfang 1926 ist somit ganz minimal und beträgt im Durchschnitt kaum mehr als 2 bis 3 Prozent.“

Die tariflichen **W o c h e n l ö h n e** sind gegenüber 1913, immer nach dem „Vorwärts“, für gelernte Arbeiter um 39,2 Prozent, für ungelernete Arbeiter um 56 Prozent gestiegen. Vergleicht man dieselben mit der amtlich festgestellten Erhöhung der Lebenshaltungskosten seit 1913: 47,7 Prozent, so ergibt sich, daß die gelernten Arbeiter (von Stücklohn abgesehen) systematisch Ueberstunden machen müssen, um den realen Wochenlohn von 1913 zu erarbeiten!

Wenn wir noch in Betracht ziehen, daß die Intensität der Arbeit durch die Rationalisierung erheblich gestiegen ist, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Ausbeutung der Arbeiterschaft heute stärker als früher ist!

Dieses negative Ergebnis der Hochkonjunktur für die deutsche Arbeiterschaft ist von ausschlaggebender Bedeutung. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, eingepreßt in das System der Schlichtungen, der staatlichen Schiedssprüche und Verbindlichkeitserklärungen, hat sich unter der reformistischen Führerschaft unfähig erwiesen, die Hochkonjunktur zur realen Verbesserung der Entlohnung der Arbeiterschaft auszunutzen, die Ausbeutung des Proletariats zu vermindern. Diese Tatsache bildet eine vernichtende Kritik der Arbeit der reformistischen Gewerkschaften.

Es ist sicher, daß nach dem — unserer Meinung nach noch in diesem Jahre eintretenden — Ende der Hochkonjunktur es noch viel weniger möglich sein wird, Lohnerhöhungen durchzuführen; im Gegenteil, die Kapitalisten werden offenbar versuchen, die Löhne wieder zu drücken. Die Arbeiterschaft wird aus keiner Hochkonjunktur irgendeine Besserung ihrer Position erreichen können, solange die Gewerkschaften restlos von den Reformisten beherrscht werden, so wie heute. Die Notwendigkeit der intensivsten Gewerkschaftsarbeit für die Kommunisten im unmittelbaren Interesse des deutschen Proletariats zeigt sich hier schlagend! —

AL. BADULESCU:  
**POLITISCHE DEGENERIERUNG — PROGRAMM  
 UND PARTEITAG DER RUMÄNISCHEN  
 SOZIALDEMOKRATIE**

Kurz vor dem Sturz der Regierung Averescu, einem Sturz, der nichts anderes als ein Staatsstreich und nur zufällig nicht von Straßenkämpfen begleitet war, fand der Parteitag der rumänischen Sozialdemokratie statt. Die Vorbereitungen zum Parteitag und die „Arbeiten“ desselben offenbarten nicht nur die Prinzipienlosigkeit, sondern auch ihren Mangel an Denken, Willen und Handlungsfähigkeit im Interesse der Arbeiterklasse. Der Parteitag offenbarte die vollkommene politische Degeneration von Leuten, die Jahrzehnte der Arbeiterbewegung „angehören“.

Auf diesem Parteitag wurde auch nicht ein Wort über irgendeine auf der Tagesordnung des nationalen und internationalen Klassenkampfes stehende Frage gesprochen.

Für einen Sozialdemokraten, der die Arbeiterklasse nicht vertritt und nicht vertreten will, der die Interessen der Arbeiterklasse überhaupt verrät, der an einen ernsten Kampf im Interesse des Endziels des Proletariats keineswegs denkt, ist es selbstverständlich, daß ein Parteitag, welcher nicht einmal jährlich abgehalten werden kann, sich nicht „mit kleinen Fragen“ zu beschäftigen hat. Diese „kleinen Fragen“ sind: Die Wendung der Regierung Averescu zur offenen Diktatur, die Kriegsrüstungen dieser Regierung und die Kriegsgefahr für die Arbeiter- und Bauernschaft Rumäniens, die Perspektive der formellen und praktischen Machtübernahme durch die Finanzbourgeoisie, die Arbeitslosigkeit, der Landhunger der Bauernschaft, der Freiheits- und Rechtsmangel der nationalen Minderheiten usw. usw.; gar nicht zu reden von der Kriegsgefahr gegenüber der Sowjetunion.

Ueber solche Fragen wird von einer Partei mit 40 000 Stimmen kein Wort verloren. Ein Parteitag, der die Zustimmung der Regierung bekommen hat, der von keinem Polizeisäbel gestört wird, der von der ganzen bürgerlichen Presse gelobt und von der „demokratischen“, „unabhängigen“ Presse popularisiert wird, verschweigt die Lebensfragen einer Arbeiterbevölkerung von 17 Millionen, die schon fast zwei Jahrzehnte hindurch unter unerhörtem Terror leben muß.

Alle diese Fragen verschweigend, stellte sich der Kongreß der SD die zwei Ziele: a) eine einzige zentralisierte Partei für ganz Rumänien zu schaffen und b) dieser Partei ein Programm zu geben. Wie ist es nun möglich, eine Arbeiterpartei zu schaffen, d. h. nicht nur ihr entferntes Ziel festzustellen, sondern auch die Taktik für die Eroberung dieses Ziels zu bestimmen, ohne über die Taktik und alle mit ihr verbundenen organisatorischen Mittel zu diskutieren? Wie ist es möglich, einer Arbeiterpartei ein Programm zu geben, ohne die notwendige Einleitung durch einen sehr ausführlichen Be-

richt über die nationale und internationale Lage zu geben? Der Sozialdemokratie Rumäniens ist es gelungen, ein solches Wunderwerk zu vollbringen.

### Der Parteitag

Wie schon erwähnt, hat der Parteitag der „revolutionären“ Sozialdemokratie Rumäniens ungehindert stattgefunden, was nicht nur bei der KP Rumäniens nicht der Fall ist — denn sie wurde seit ihrer Gründung verfolgt und später außerhalb des Gesetzes gestellt — sondern nicht einmal bei einer Organisation, die keine politische ist, wie die Unitären Gewerkschaften. Der Kongreß der Unitären Gewerkschaften wurde jahrelang untersagt, und wenn die Regierung durch den Druck der Massen zur Bewilligung gezwungen wurde, so sprengten sofort zu Beginn des Kongresses Polizisten und Faschisten denselben gewaltsam. Dank der Unterstützung durch die rumänische herrschende Klasse, konnten 56 Delegierte (der Partei, reformistischen Gewerkschaften, sozialistischen Jugend und Parteipresse) sich versammeln, begrüßen, bekämpfen und beglückwünschen. Die Delegierten besaßen (von wem?) 93 Mandate, die etwa 40 000 Stimmen repräsentierten.

Ist das keine Massenpartei?! Darüber verlor man auf dem Kongreß kein Wort. Denn die Delegierten und Mandate gehörten nicht den Parteimitgliedern, sondern den unbekannten, nicht stabilen und zweifellos in der Mehrheit unbewußten 40 000 Bürgern, die bei den Parlamentswahlen 1926 für die sozialdemokratische Kandidatenliste gestimmt haben. Die Lokalkomitees oder die Vertrauensmänner der Sozialdemokraten haben den Auftrag bekommen, für je 500 Wahlzettel ein Parteitagsmandat auszustellen und Delegierte zu bestimmen. So erreichte man, daß man von fast hundert Mandaten sprechen und auf dem Rücken unbekannter Leute von kleinbürgerlicher Herkunft eine „zentralisierte“ Partei schaffen und derselben ein „Programm“ geben konnte.

Wer waren die Hauptteilnehmer auf diesem Parteitag? Gewesene Minister Seiner Majestät Ferdinand wie Flureasch und Djumanka, Verräter des Generalstreiks (1920) wie Gaidosch, Dan und Pistiner, Spalter der Gewerkschaftsbewegung wie Meyer, Mirescu, Hofer, Denunzianten der illegalen revolutionären Bewegung wie Gelerter, Popovitsch, Moskowitsch, Provokateure wie Muschetescu, Millionäre (Großhändler und Fabrikanten) wie Geller und Spirescu, dazu noch allerlei Sorten von Reformisten, Opportunisten und Nationalchauvinisten. Diese Leute haben besprochen, verhandelt und bestimmt. Das neue Exekutivkomitee setzt sich aus 7 Intellektuellen und 8 „Arbeitern“ zusammen, alten Partei- und Gewerkschaftsbonzen, Leuten wie Flureasch und Djumanka. Letzterer wurde sogar zum Generalsekretär ernannt. Im allgemeinen kann man feststellen, daß der äußerste rechte Flügel jetzt in der Partei die Oberhand hat.

Auf dem Parteitag richteten die Delegierten aus den Neuprovinzen gegen die Delegierten aus Alt-Rumänien, die die formelle Leitung der bisherigen Föderation der SD-Partei hatten, scharfe Angriffe. Infolge dieser Angriffe wurden in das EK zehn von 15 Siebenbürgern und Bukowinern, d. h. ehemalige Mitglieder der k. u. k. österreichisch-ungarischen SD gewählt. Die Angriffe selbst waren niedriger oder persönlicher Natur, die Verteidigung

aber lächerlich: „Der Terror gegen uns (!?) war sehr groß, die Kommunisten hatten die Freiheit (!!) gegen uns zu agitieren, die Kommunisten haben uns vor der Masse entlarvt!“ usw.

Nachdem am Schlusse des ersten Tages der Tätigkeitsbericht trotz alledem „einstimmig“ angenommen worden war, hörte man am nächsten Tage einen kurzen Bericht über die „ökonomische und politische Lage“ an. Die Bedeutungslosigkeit dieses Berichtes zeigt die Tatsache, daß nur drei Redner dazu gesprochen haben, darunter ein sogenannter Linker, der „unter gewissen Umständen ein Zusammengehen mit den Kommunisten“ verlangte, dem aber nicht einmal die Aufnahme der Formel „gegen jede Koalierung mit den bürgerlichen Parteien“ in der Resolution gelungen ist. Er stimmte trotzdem für die nichtssagende Resolution, die ungefähr sagt:

„Die Tatsache, daß der politische Kampf in Rumänien ein Kampf zwischen der Liberalen Partei einerseits und der fast ebenso reaktionären und antidemokratischen Anti-Liberalen Partei andererseits ist, wo die scheinbar bürgerlichen Parteien unentschieden zwischen den beiden obigen Gruppen herumpendeln und sich in Spaltungen und Verschmelzungen erschöpfen, zeigt am besten, daß allein die Arbeiterklasse für die Eroberung und Sicherung der Demokratie in diesem Lande in Frage kommt.“

In diesen Zeilen ist die ganze ideologische Auffassung der rumänischen Sozialdemokratie enthalten, die mittels der Theorie über den „Sozialismus in den zurückgebliebenen Ländern“ ihren Opportunismus und Verrat verschleiern will. Für die Sozialdemokraten Rumäniens (und leider haben wir viele Mitglieder der KP, die sich von solcher Auffassung noch nicht losgesagt haben) ist die Liberale Partei (Bratianu) nicht die Partei der Bourgeoisie und sind die anderen Parteien „antiliberal“ und keine bürgerlichen Parteien. Die Arbeiterklasse Rumäniens aber hat für nichts weiter als für die „Demokratie“ zu kämpfen (und noch dazu unter Führung der Sozialdemokratie!).

Wie wir später sehen werden, ist diese Aufgabe der Kern des Programms der Sozialdemokratie. Aus dieser Auffassung folgt:

„Unsere nächste Aufgabe ist der Kampf (wieder Kampf!? Al.B.) gegen die Korruption, die Anarchie und die Willkür, gegen den Faschismus.“ Und mit wessen Hilfe? „Der Kongreß wendet sich in erster Reihe an die Arbeiterklasse Rumäniens . . . aber auch an alle arbeitenden Schichten, die ihre Existenz durch ehrliche (sic!) Arbeit verdienen und an dem Fortschritt der Zivilisation und Demokratie interessiert sind . . .!“

Jetzt ist es verständlich, warum der Satz „gegen die Koalition mit bürgerlichen Parteien“ in die Resolution nicht aufgenommen wurde, denn „gegen Korruption und für Fortschritt der Zivilisation“, für ein solch bescheidenes und „der Realität entsprechendes“ Programm sind sogar die Bratianu und Averescu — wenn sie in der Opposition sind!

### Das sozialdemokratische Programm

Die geistige „revolutionäre“ Nahrung für das Programm der sozialdemokratischen Donau- und Karpathenhelden sollten die Austromarxisten liefern. Der Berichtersteller war Dr. jur. Radatscheanu, der die austromarxistische Schule besitzt, und als Muster diente das Programm der österreichischen Sozialdemokratie selbst. Die Helden zogen aber in Betracht, daß „Rumä-

nien nicht Oesterreich“ ist, und versuchten, das Programm den Verhältnissen anzupassen.

Das Programm besteht aus drei Hauptteilen: a) dem „internationalen Kapitalismus“ — darunter soll man die Analyse der internationalen Lage verstehen; b) „dem Kapitalismus in Rumänien“ — darunter soll man „das Spezifische“ für Rumänien verstehen und c) dem Minimalprogramm — oder den Losungen für alle ökonomisch-politischen Fragen, die für die Partei in Betracht kommen.

Die „Analyse“ der internationalen Lage endet folgendermaßen:

„Die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse in den fortgeschrittenen Ländern wird auch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der rückständigen Länder beschleunigen. Wenn die fortgeschrittenen Länder — sich in sozialistische umgewandelt haben, dann werden auch die zurückgebliebenen Staaten, trotzdem sie noch nicht alle Bedingungen für eine sozialistische Gesellschaftsordnung in sich enthalten, die Form der sozialistischen Gesellschaftsordnung übernehmen und entwickeln\*.“

Hier ist das . . . Maximalprogramm der Sozialdemokratie Rumäniens zu finden. Hier ist das Endziel . . . der anderen, der Arbeiterklasse in den fortgeschrittenen Ländern. Auf diese Weise wird seitens der rumänischen Sozialdemokratie feierlich erklärt, daß sie auch in der weiteren Zukunft Verat üben muß, denn wenn auch in 50 bis 100 Jahren die fortgeschrittenen Länder sich nicht plötzlich in sozialistische „umwandeln“, wird die Sozialdemokratie Rumäniens weiterhin, ebenso wie heute, die Interessen der Arbeiterklasse „vertreten“; denn auch nach so viel Jahren sind die Herren überzeugt, daß „die zurückgebliebenen Staaten . . . noch nicht alle Bedingungen für eine sozialistische Gesellschaftsordnung in sich enthalten werden!“ Klar und deutlich. Wenn keine Bedingungen da sind, ist nichts zu machen, und wenn nichts zu „übernehmen“ da ist, dann bleibt man beim alten!

Während die Taktik der Sozialdemokraten Rumäniens durch den Ausdruck „übernehmen“ charakterisiert ist, wird die Taktik der Arbeiterklasse aus den fortgeschrittenen Ländern, d. h. die Taktik der II. Internationale durch den Ausdruck „sich umwandeln“ charakterisiert. Wie das gemeint ist, zeigen die folgenden kurzen Auszüge aus dem Teil „I. Der internationale Kapitalismus“:

„. . . infolge des Weltkrieges . . . teilweise die Nationalfrage gelöst . . . die Arbeiterklasse an Kraft und Einfluß fühlbar gewonnen. Sie ist in einigen fortgeschrittenen Ländern in einem Zustand des Kräftegleichgewichts mit der Bourgeoisie gelangt . . . die Erstarkeung des Kapitalismus ist jedoch nicht nur eine vorübergehende, sondern auch eine aufreizende. . . Der Sturz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, deren Ersetzung durch die sozialistische, ist für unsere Zeit eine historische Notwendigkeit, so daß der Klassenkampf in eine entscheidende Phase eingetreten ist. Der Bourgeoisie paßt die Demokratie nicht mehr, da diese dem Proletariat die Möglichkeit gibt, die Macht zu erobern, und sie sieht überall ihre letzte Zuflucht in der Aneignung der Methoden der faschistischen Diktatur. Die sozialistische Arbeiterbewegung dagegen kämpft für die Eroberung der Macht mit demokratischen Mitteln, ist jedoch entschlossen, die Demokratie auch mit Gewalt gegenüber der faschistischen Reaktion zu verteidigen und zu erringen\*\*.“

\* Die Unterstreichungen sind von mir. Al. B.

\*\*Von mir gesperrt. Al. B.

Die Nationalfrage ist also „teilweise gelöst“: die Rumänen werden jetzt fast nur in Groß-Rumänien ausgebeutet, unterdrückt, eingesperrt und „auf der Flucht erschossen“! Das „Kräftegleichgewicht“ mit der Bourgeoisie ist erreicht, so daß die Koalitionspolitik dadurch gerechtfertigt ist! Die „Erstarkung“ des Kapitalismus, d. h. die rationalisierte Ausbeutung ist nur eine „aufreizende“ und nichts mehr! Die historische Notwendigkeit besteht „für unsere Zeit“, aber nicht für die Sozialdemokratie Rumäniens, wie wir schon oben sahen; die muß die sozialistische Gesellschaftsordnung „übernehmen“ und nicht erkämpfen! Die II. Internationale wird aber die sozialistische Gesellschaftsordnung mit „demokratischen Mitteln“ erobern (!), während Gewalt nur gegen die ungezogenen Faschisten, weil sie sie ebenfalls gebrauchen, angewendet wird! Die Praxis der Sozialdemokratie in Ungarn, Italien, Bulgarien, Rumänien usw. hat nicht einmal diesen Blödsinn bewiesen.

In dem ganzen Teil über die internationale Lage wird kein einziges Wort über die Oktoberrevolution, über die Sowjetunion, über den mächtigen und stolzen zehnjährigen proletarischen Staat verloren. Die Sozialdemokratie findet, daß „die Arbeiterklasse an Kraft und Macht fühlbar gewonnen“ hat, aber die Befreiung von 150 Millionen Arbeitern und Bauern vom Joch des Zarismus, der russischen Bourgeoisie und des internationalen Imperialismus, die Union der Sozial-Sowjetrepubliken, wo die nationale Frage gänzlich — nicht teilweise — gelöst wurde, gehört nicht zu der gewonnenen „Kraft und dem Einfluß der Arbeiterklasse“. Die sozialdemokratischen Führer in Rumänien sind wirklich dumm, wenn sie glauben, daß die Arbeiter und Bauern, welche jenseits des Dnjester sogar Gelegenheit haben, über die Grenze schauend, das neue Leben zu beobachten und zu bewundern, einer solchen Darstellung der internationalen Lage Beachtung schenken werden.

Und wie schaut das „Spezifische“ für Rumänien aus? Die These der rumänischen Sozialdemokratie, die noch von dem großen Opportunisten, dem internationalen Menschewik, dem „Marx der zurückgebliebenen Länder“, vom verstorbenen Dobrogeanu Gherea verkündet wurde, ist die folgende: Rumänien ist ein Agrarland. Die Industrie ist wenig entwickelt. Der ausländische Kapitalismus will die Ausbeutung Rumäniens nicht aufgeben. Die Herrschaftsklasse in Rumänien ist keine Bourgeoisie. Die liberale Partei stellt eine Oligarchie dar, die fürchtet, als Bourgeoisie die Bevölkerung nicht so leicht ausbeuten zu können, wie es heute der Fall ist. Die im Lande vorhandenen „Keime der Bourgeoisie“ (die bürgerliche Opposition) unterwerfen sich der Oligarchie. „In Rumänien entwickelt sich der Kapitalismus in besonderer Form.“ Die bürgerliche Revolution ist nicht vollendet. Die Arbeiterklasse muß für die Eroberung der Demokratie kämpfen. Die soziale Revolution werden andere machen. Die sozialistische Wirtschaftsordnung werden wir ohne Zahnschmerzen „übernehmen“. Kinder, Geduld und keine „Dummheiten“ — „die Sozialdemokratie Rumäniens lehnt die Theorie und Taktik des Bolschewismus ab.“

Die „Besonderheiten“ der Gesellschaftsordnung Rumäniens bestehen darin, daß die Liberale Partei „sich ein Monopol über das Wirtschaftsleben schafft“ und „das Nationalvermögen plündert“, während führende Mitglieder der Sozialdemokratie Rumäniens Besitzer von Textilfabriken,

chemischen Fabriken, Schuhfabriken, großen Druckereien, Holzhändler usw. sind und in Konkurrenz mit Bratianu als „neue und echte Bourgeoisie“ „schwer“ zu kämpfen haben!

Die Aufgabe der Sozialdemokratie Rumäniens ist es, „zusammen mit den Amsterdamer Gewerkschaften“ zu „kämpfen“, die Interessen und „Bestrebungen“ der Arbeiterklasse „zu verteidigen“ und das „Endziel“ — Uebernahme der sozialistischen Wirtschaftsordnung — als „Vaterunser“ jeden Fröhormgen zu beten!

Es ist jetzt selbstverständlich, was eigentlich das Minimalprogramm, welches viel länger ist, als die zwei prinzipiellen Teile, enthalten wird:

„Die vollständige Demokratisierung des staatlichen Lebens ist die Hauptbedingung zur freien Entfaltung des Klassenkampfes. . . . Daher verlangt die Sozialdemokratie: Bestreitung aller Wahlkosten durch den Staat, Abschaffung aller Ausnahme Gesetze, insbesondere der Gesetze zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Das Recht aller Bürger dort, wo sie in kompakten Massen wohnen, in ihrer eigenen Sprache unterrichtet, gerichtet und verwaltet zu werden. Ausreichende Gehälter. Demokratisierung der Armee. Ausscheidung der Armee aus allen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen. Außenpolitik mit friedlichem Charakter. Demokratisierung des Völkerbundes und Bekämpfung aller Angriffs- oder Militärverträge.“

Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik „erkennt die Sozialdemokratie Rumäniens an, daß die kapitalistische Entwicklung Rumäniens eine geschichtliche Notwendigkeit ist“ und verlangt „Schutz der nationalen Industrie“, ist aber „unbedingt dagegen“ (!), daß der geschichtliche Prozeß auf Kosten der Arbeiterklasse vor sich gehen soll. Die Sozialdemokratie ist auch für die „Heranziehung des Auslandskapitals auf der Grundlage der Gleichberechtigung“, ohne aber zu sagen, wie das Auslandskapital davon überzeugt werden soll. Dann ist die Sozialdemokratie auch für die Behebung des „ungerechten Steuersystems“ und in der Sozialpolitik vergißt sie nicht, für eine „systematische Vorbeugung und Bekämpfung der sozialen Uebel, besonders des Alkohols“ und für „Ausbildung eines wissenschaftlich vorbereiteten Sanitätspersonals“ einzutreten.

Mit dem Punkt über die „Agrarpolitik“ schließt das Programm. Die Sozialdemokratie Rumäniens „ist der Ansicht“, daß die tatsächliche Befreiung jener Bauernschaft, „die bis jetzt in der Neuleibeigenschaft verblieben ist“ (und die andere?), nicht nur „eine Frage der sozialen Gerechtigkeit“ ist, und fordert deshalb „die Revision der Agrarreform“ zur „Förderung der kleinen Bauernwirtschaften“. Ueber alles andere — vollständige und unentgeltliche Expropriierung des Großgrundbesitzes, unentgeltliches Inventar usw. wird geschwiegen.

### Die sozialdemokratischen „Sterne“ äußern sich

Vor dem Parteitag und auf dem Parteitag hat man über das Programm nicht diskutiert. Drei, vier Bemerkungen und das war alles. Die „Linke“, die insbesondere in Bukarest von einigen Leuten vertreten wird, hat ebenfalls geschwiegen. Da aber die II. Internationale keine Internationale ist, oder, wie Pistiner sich in der Debatte ausdrückte: „Die Internationale ist über alles, was im Lande vorgeht, vollkommen unterrichtet, kann aber

effektiv nichts machen“ (!), wendet man sich mit dem Programm nicht an die Exekutive der II. Internationale, sondern persönlich an die Sterne — Kautsky und Otto Bauer.

Kautsky findet den Programmentwurf „sehr originell“ und das gefällt ihm. Die Teile über spezifisch rumänische Dinge findet er „vortrefflich“! Den Teil über den „internationalen Kapitalismus“ findet er zu „radikal“: „Die Auffassung, — sagt Kautsky — daß der Kapitalismus sich völlig abgenützt habe, teile ich nicht, er ist im Gegenteil zur Zeit ökonomisch gar nicht erschüttert.“ Auch die Frage der Gewaltanwendung gegen faschistische Reaktion hält er für „höchst gefährlich und bedauerlich“! Betreffs der historischen Notwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung Rumäniens ermutigt er seine Gesinnungsgenossen: „Das ausländische Kapital ist unter Bedingungen heranzuziehen, die einen Teil des erzeugten Mehrwerts im Lande lassen. Das ist erreichbar“! Kautsky ist ohne Zweifel gut unterrichtet.

Dagegen müssen wir anerkennen, daß Otto Bauer der Sozialdemokratie Rumäniens einige Ohrfeigen gegeben hat. Er schrieb:

„Das „obligatorische Regime“ und die „bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft“ einander wie Gegensätze gegenüberzustellen, das möchte für die Vorkriegszeit zutreffen, jetzt scheint es mir nicht mehr der Fall zu sein.“

Auch Bauer zweifelt daran, aber ihn kann man entschuldigen, er kennt die Lage in Rumänien nicht. Ferner ist Bauer auch für die „Demokratie als Ziel“ der Sozialdemokratie, nur drückt er sich wie folgt aus: „Für die kapitalistische Entwicklung — unter Kontrolle der werktätigen Massen“ — also eine Wiener sozialdemokratische Demagogie, Phrasenrevolutionismus. Die Nichtbehandlung der nationalen Frage im Programm nennt Bauer „einen schweren Mangel“, und er ist sogar für das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes, aber „im Kapitel über die Außenpolitik“.

### Die „Vereinheitlichung“ der Partei

Wie die Parteiführer nach dem Parteitag erklärt haben, war das eigentliche Ziel, die „einheitliche Partei“ zu schaffen. Schon sofort nach dem Kriege hat man versucht, die politischen Arbeiterorganisationen Rumäniens zu zentralisieren, die Partei zu vereinheitlichen, aber die Sozialdemokratie der Bukowina und Siebenbürgens haben die Zentralisation aus Angst vor jeder Massenaktion, vor dem Massendruck nicht zugelassen. Im Juni 1921, sofort nachdem der Kongreß der damaligen Sozialistischen Partei sich für den Anschluß an die KI ausgesprochen hatte und verhaftet worden war, gedachten die Sozialdemokraten die Arbeitermasse zu erobern und gründeten „die Föderation der Sozialdemokratie Groß-Rumäniens“. Dieser Föderation gehörten an: die rumänische, ungarische und deutsche sozialdemokratische Partei Siebenbürgens, die sozialdemokratische Föderation der Bukowina (hier gab es getrennte jüdische, rumänische, deutsche und ukrainische Parteien) und die Sozialdemokratische Partei Alt-Rumäniens, die schon vor dem Kriege zentralisiert und international war. Diese Föderation existierte nur auf dem Papier. Jetzt, „ganz besonders nach den Parlamentswahlen“, ist die Vereinheitlichung eine Lebensfrage geworden. Auf dem Parteitag aber hat man diese Lebensfrage fast vergessen und man kämpfte für die „nationale Autonomie in der Partei“ und für das „Schild der Partei“. Jetzt hat



man es erreicht: die Partei besteht nun aus nationalen Verbänden im großrumänischen Maßstabe! Das ist die neue zentralisierte Einheitspartei. Der gewesene Sekretär der Partei, Ilie Moskowitsch, schrieb sofort nach dem Parteitag: „Fatal, dieses Problem bleibt offen!“ Ja, das Problem bleibt offen und eine Partei besteht nicht.

Das Schild der Partei wird nicht „sozialistisch“, sondern „sozialdemokratisch“ sein, denn, sagte Pistiner, „man muß auch im Titel zeigen, daß wir für die Demokratie sind“, während die aus Alt-Rumänien wissen, wie kompromittiert der Name der Sozialdemokratie in den Augen der Massen ist. Die Sozialdemokraten Alt-Rumäniens „betrachten den Namen „Sozialistische Partei“ als geeigneter für die . . . lateinischen Länder!“ Am meisten hat man über diese Frage debattiert und nachher besonders abgestimmt: 37 Delegierte mit 33 506 „Wahlstimmen“ für die Sozialdemokratische Partei und 20 Delegierte mit 7007 „Stimmzetteln“ für die Sozialistische Partei. Die Arbeiterklasse war gerettet!

### Die Tatsachen der Sozialdemokratie Rumäniens

Der Parteitag hat eine „einheitliche“ sozialdemokratische Partei geschaffen und ihr ein provisorisches Programm gegeben. Das Zentralorgan der Partei „Socialismul“ ist in die Hände der ultrarechten Mehrheit übergegangen. Um den verräterischen Charakter der Partei zu besiegeln, faßte der Parteitag eine Protestresolution gegen den Terror . . . in Rußland, während in einer sehr milden Form eine „politische“ Amnestie in Rumänien, und nichts mehr, verlangt wird. Die Amnestie für die über 20 000 Militärdeserteure wurde „vergessen“.

Die Sozialdemokratische Partei gedenkt jetzt, die Interessen der Arbeitermassen wie folgt zu „verteidigen“: Am 1. Mai wurde nur ihr die Feier gestattet und sie protestierte energisch gegen die „Reaktion in Rußland“. Später kam die Auflösung der unitären Gewerkschaften seitens der Regierung und die Partei schwieg. Nachher fuhren drei Führer der Partei zusammen mit dem Arbeitsminister nach Genf zur Internationalen Arbeitskonferenz. Jetzt wird der Arbeitsminister der Bratianu-Regierung — Dr. Lupu — im reformistischen Gewerkschaftshaus feierlichst empfangen und die reformistische Zeitung „Die Transporttribüne“ schreibt über „die Bewunderung der Gewerkschaftsführer, die so viel geleistet haben“, seitens des Arbeitsministers.

Die gegenwärtige politische Frage des Landes: Prinz Karl, Monarchie oder Republik, besteht für die Sozialdemokratische Partei nicht. Wenn das faschistische Regime in Westeuropa gestürzt wird, dann wird es auch in Rumänien fallen müssen — erklärt die sozialdemokratische Presse usw.

Das nennt man revolutionäre Schulung der Arbeiterklasse. Trotz alledem haben die Sozialdemokraten bei den letzten Parlamentswahlen mehr Stimmen bekommen als die revolutionäre Organisation des Arbeiter- und Bauernblocks. Das dies eine Folge der Schwächen der Arbeit der KP ist, darüber müssen wir uns klar sein.

K. S.:

## ZUR ORGANISIERUNG DER MASSENPROPAGANDA

### I.

Die begriffliche Unterscheidung zwischen „Agitation“, die einige wenige Losungen in die breitesten Massen tragen, und „Propaganda“, die relativ kleineren Kreisen ein ganzes System von Gedanken übermitteln soll, ist nichts weniger als eine theoretische Haarspalterei. Sie liegt im Gegenteil unserer gesamten Agitproparbeit zugrunde, in der sich das Verhältnis der beiden Seiten dieser Arbeit als eine praktische Frage von größter Bedeutung herausstellt.

Wozu unterscheiden wir diese beiden Methoden der Verbreitung unserer Ideen? Nicht etwa, um sie völlig zu trennen, sondern im Gegenteil, um sie richtig zu kombinieren in der praktischen Arbeit. Es ist aber eine Tatsache, daß in den meisten kommunistischen Parteien diese begriffliche und sachliche Unterscheidung bisher bloß zu einem Auseinanderfallen beider Methoden geführt hat. Die Agitation — außerhalb der Partei, die Propaganda — innerhalb der Partei; so liegen die Dinge in den meisten Fällen. Beispiele zu finden ist nicht schwer. Es genügt darauf hinzuweisen, daß unsere Parteipresse selbst nur einen Bruchteil der Parteimitglieder erfaßt, daß der Inhalt unserer Versammlungen und Presse in den meisten Fällen bloß agitatorisch ist, daß andererseits unter Propaganda praktisch oft nur die Parteikursusarbeit verstanden wird usw. Unsere Propaganda ist fast überall noch auf die Partei, oder, um aufrichtig zu sein, sogar bloß auf Teile der Partei beschränkt. Dies gilt für alle Seiten der Propaganda, Schulungsarbeit, Selbstbildung, Literatur usw. Diese Tatsache ist wohl zu erklären (aus Kräftemangel, ungenügender Instruktion der Parteimitglieder usw.), aber nicht etwa theoretisch zu rechtfertigen. Am wenigsten durch jene Unterscheidung zwischen Agitation und Propaganda. Denn wenn auch die Propaganda bloß relativ kleinere Kreise erfassen kann als die Agitation, so heißt das doch keineswegs, daß sie nicht möglichst große Kreise erfassen soll. Die Grenze dieser Möglichkeit wird bestimmt durch unsere Kräfte, durch die politische Lage usw., aber sie darf keineswegs an der Parteigrenze oder gar innerhalb der Partei liegen.

Nehmen wir die Sozialdemokratie. Die sozialdemokratischen Parteien entfalten in allen Ländern eine sehr große und weitverzweigte Propagandatätigkeit außerhalb der Partei. Ja, man kann sagen, daß sie das Hauptgewicht ihrer Propagandaarbeit auf dieses Gebiet außerhalb der Partei verlegen. Die Gründe dafür sind klar: keine wirkliche Parteierziehung, sondern meist „Bildung“ im allgemeinen; ferner größtenteils von der Partei losgetrennte bürgerliche Intellektuelle als Propagandisten usw. Doch diese Gründe sind hier gleichgültig. Wichtig ist, daß die propagandistische Arbeit der sozialdemokratischen Parteien in den Massen der gewerkschaftlich organi-

sierten und indifferenten Arbeiterschaft einen großen Umfang hat, daß sie von der Bourgeoisie weitgehend direkt und indirekt unterstützt wird, daß sie (etwas ferner vom Schuß der politischen Verpflichtung als die Agitation) ohne Schaden für die Politik der sozialdemokratischen Parteien theoretisch „revolutionär“ auftreten und ihren bürgerlichen Charakter geschickt verschleiern kann. Kurz: wichtig ist für uns, daß die Sozialdemokratie in großem Maße Massenpropaganda treibt, und daß es eine dringende Aufgabe unserer kommunistischen Parteien und speziell ihrer Agitpropapparate ist, dieser in der Tat bürgerlichen Massenpropaganda innerhalb der Arbeiterbewegung eine kommunistische Massenpropaganda entgegenzustellen.

Dies ist bisher nur in ganz ungenügendem Maße getan worden. Am besten zeigt das ein aktuelles Beispiel: der Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Die Sozialdemokratie betreibt seit Jahren eine mit großen Mitteln inszenierte pazifistische Propaganda, indem sie sehr geschickt an alle kriegsgegnnerischen Bewegungen in den Massen anknüpft. Unsere Bekämpfung des Pazifismus aber ist bisher noch wenig über den Rahmen der Agitation hinausgekommen. In letzter Zeit haben Teile der Sozialdemokratie in Frankreich, Deutschland, Oesterreich begonnen, die Abrüstungsideologie durch eine Ideologie der „Wehrhaftigkeit“ zu ersetzen, wobei sie an die alte Milizparole der II. Internationale anknüpfen und geschickt an die Stelle der proletarischen Wehrhaftigkeit die „republikanische“, imperialistische, chauvinistische Wehrhaftigkeit setzen. Unsere Antwort auf diese Erscheinung in der Sozialdemokratie ist aber nicht nur sehr spät, sondern auch nicht viel über einige agitatorische Anklagen hinausgekommen. Davon kann man sich durch Stichproben bei Parteigenossen aus dem Betriebe überzeugen. Denn es fehlt uns im allgemeinen nicht nur die für die Massenpropaganda geeignete Literatur, sondern es mangelt vielfach an der richtigen Durchbildung der Parteimitglieder und ihrer Einstellung auf die propagandistische Massenarbeit, d. h. also, an den Voraussetzungen innerhalb der Parteien selbst.

Sicherlich lassen sich unsere Parteien mit den sozialdemokratischen Parteien in dieser Hinsicht nicht einfach vergleichen. Die Sozialdemokratie hat noch heute in den meisten Ländern dank dem Zustrom ausgesprochener Bourgeoisieintellektueller mehr qualifizierte propagandistische Kräfte zur Verfügung. Sie hat zweitens mehr Geld und genießt staatliche Unterstützung. Sie unternimmt drittens nichts anderes, als der üblichen kleinbürgerlichen Ideologie eine kleine „sozialistische“ Verzierung aufzusetzen, daher ist auch ihre Aufgabe weitaus leichter. Aber es wäre falsch, die Frage bloß von dieser Seite zu sehen, sie hat auch eine andere Seite, von der aus betrachtet die Perspektive sich sehr ändert. Die Frage der Propaganda (wie auch die Frage der Agitation) ist ja nicht bloß eine technische, d. h. es handelt sich nicht bloß darum, x b e l i e b i g e Gedanken möglichst wirkungsvoll zu verbreiten. Nein, bei der Propaganda handelt es sich darum, die Arbeiterklasse ihrer o b j e k t i v e n Lage bewußt zu machen und sie zu veranlassen, die Konsequenzen aus dieser Lage zu ziehen. Dieser objektiven Lage der Arbeiterklasse entspricht aber n u r wirklich die Agitation und Propaganda für den Klassenkampf bis zur Diktatur des Proletariats, d. h. u n s e r e Agitproparbeit. Die sozialdemokratische, d. h. reformistische, d. h. b ü r g e r l i c h e Propaganda kann wohl eine Zeitlang versuchen, durch Klassenkampffrasen die objektive Klassenlage der Arbeiter für ihre Zwecke auszubeuten, sie muß

aber (nicht nur in Zukunft, sondern täglich) in schärfsten Widerspruch mit ihr geraten. Dies drückt sich technisch aus in einer Grenze für die Reichweite und Wirksamkeit der sozialdemokratischen Propaganda und einem ausschlaggebenden Vorteil für unsere Propaganda. Unsere richtige proletarische Klassenpolitik ist daher die Grundlage, die uns auf die Dauer und unter Voraussetzung einer technisch wirksamen Agitproparbeit den propagandistischen Sieg über die Sozialdemokratie verbürgt.

Diese unsere richtige Politik findet heute die *i n s t i n k t i v e* Zustimmung sehr großer Massen. Dafür lassen sich genug Beispiele anführen: die Kampagne gegen die Fürsten, die die KPD im Frühjahr 1926 durchgeführt hat, wobei sie 15 Millionen, fast die Hälfte der Reichstagswähler, unter ihre Führung brachte; ferner die große Rolle, die die kleine britische Partei im General- und Bergarbeiterstreik des vorigen Jahres spielte; die führende Rolle unserer chinesischen Partei usw., kurz, wir finden die instinktive Zustimmung der Massen weit über die Arbeiterklassen hinaus, aber wie wir es nicht verstehen, diese Zustimmung *organisatorisch* auszunützen (was Genosse Piatnitzki in seinen Artikeln in dieser Zeitschrift überzeugend nachgewiesen hat), so verstehen wir es im allgemeinen ebenso wenig, dies *propagandistisch* auszuwerten und zu verankern. Dies ist schwer; es wird meist nicht in der Aktion gemacht werden können, sondern nachher — aber es muß gemacht werden. Noch verstehen wir es nicht genügend, nicht bloß an den Klasseninstinkt, sondern auch an das Denken der Arbeiter zu appellieren oder besser gesagt, die instinktive Zustimmung, die sie uns zollen, durch eine gründliche Polemik gegen die sozialdemokratische Propaganda und eine eindringliche Propaganda des Leninismus zu klaren gedanklichen Ergebnissen und festen Entschlüssen zu führen. Unsere Einheitsfronttaktik hat schon jetzt eine große politische Basis für eine Massenpropaganda geschaffen. *Unsere Proparbeit aber — das muß offen ausgesprochen werden — ist hier sehr weit zurückgeblieben.*

Nehmen wir nun einen zweiten Punkt, von dem aus unser Verhältnis zur sozialistischen Propaganda in einem anderen Lichte erscheint; das ist unsere *Organisationsform*, die im allgemeinen größere Aktivität unserer tätigen Mitglieder in den Betrieben. Es steht außer allem Zweifel, daß die Betriebsorganisation auch für die Zwecke der Massenpropaganda unter den Arbeitern der Wohnorganisation überlegen ist, freilich unter der einen Voraussetzung, daß sie nicht nur „aufgezogen“ wird, sondern auch wirksam arbeitet. Unsere Parteien können durch ihre Zellen die Arbeiter in den Betrieben propagandistisch erfassen. Unsere Genossen sind — wenn sie sich für die Partei betätigen — im allgemeinen aktiver und hingebender in der Arbeit als die Sozialdemokraten. Aber es fehlt ihre Erziehung zur propagandistischen Arbeit, es fehlt die Einstellung der Zellen auf das Problem der Massenpropaganda nicht nur durch Literaturvertrieb, sondern auch durch mündliche Diskussion.

Diese Schwäche, dieses Zurückbleiben unserer propagandistischen Arbeit nachdrücklich festzustellen, ist notwendig; denn diese Feststellung muß zum Ausgangspunkt entschiedener Maßnahmen gemacht werden, um diese Lage zu ändern. Wir müssen in aller Wucht die Frage der Massenpropaganda auf die Tagesordnung unserer Partei im allgemeinen, der Agitproparbeit im besonderen stellen.

## II.

Diese Aufgabe ist aber kein Grund zum erschrecken. Es handelt sich bei ihr — wir betonen dies ausdrücklich — weniger um die Aufwendung neuer Mittel, oder den Einsatz großer neuer Kräfte, die Erfindung neuer Mittel der Propaganda usw., als vielmehr um die neue Fragestellung: wie bringen wir unsere Propaganda an eine möglichst große Zahl von Arbeitern heran, wie tragen wir unsere Propaganda hinaus über den Rahmen der Partei?

Die Massenpropaganda kann schon deshalb nicht von der Propaganda innerhalb der Partei getrennt werden, weil ja ihre ersten Schritte — leider — darin werden bestehen müssen, die bisher von der Propaganda nicht erfaßten Teile der Parteien selbst in sie einzubeziehen.

Um es kurz zusammenzufassen, handelt es sich um folgende Aufgaben:

- a) um die Anleitung der Mitgliedschaft zu dieser Arbeit;
- b) um den Ausbau und die Erweiterung aller vorhandenen Institutionen und Veranstaltungen der Partei in diesem Sinne;
- c) um die Ausarbeitung zweckentsprechender neuer Methoden.

Wir wollen in folgendem kurz einige Vorschläge zu diesen drei Punkten bringen, deren Aufgabe es ist, zur Grundlage der Diskussion dieses Problems in den verschiedenen Parteien zu dienen.

#### A. Anleitung der Parteimitglieder zur Massenpropaganda

Als erster Schritt kommt hier in Betracht die Stellung des Problems selbst — anlässlich einer konkreten politischen Aktion — vor der Mitgliedschaft. Es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß sich diese Arbeit für einen Kommunisten „von selbst versteht“ oder doch, daß sie aus diesem Grunde etwa schon von selbst getan wird. Es ist hier ähnlich wie mit der Frage der Werbung neuer Mitglieder und Presseabonnenten, für die wir erfahrungsgemäß immer wieder spezielle „Rippenstöße“ brauchen. Es ist also nötig, die Mitglieder der Partei zur Propagandaarbeit in den Massen anzuspornen und ihnen konkrete Instruktionen zu geben.

Zweitens ist es notwendig, den Mitgliedern bei dieser Arbeit zu helfen, vor allem durch die Presse, die in den meisten Fällen noch zum größten Teil bloß agitatorisch redigiert wird. Einführung besonderer Rubriken in der Tages- und Funktionärpresse über Methoden und Erfolge der Massenpropaganda wären hier von größter Bedeutung. Einzelne Parteien besitzen schon besondere Agitprop-Bulletins, die dafür wichtig werden können.

Drittens kommt das Problem des Studiums der Mitglieder in Frage. Es wird sich zeigen, daß bald nach Beginn einer systematischen Propagandaarbeit außerhalb der Partei — im übrigen ist das heute schon der Fall — ein großes Bedürfnis nach Anleitung zum Studium der grundlegenden Fragen des Marxismus und Leninismus in der Mitgliedschaft entsteht. Warum? Nun sehr einfach deshalb, weil die Mitglieder diese Kenntnisse als Waffen im tätigen Kampf dringend brauchen. Für dieses Bedürfnis reicht das reguläre Schulsystem der Parteien nicht aus — abgesehen von dem Mangel an Lehrern. Es ist daher notwendig, das Selbstbildungswesen, d. h. die Anleitung der Parteigenossen zum selbständigen Studium — sei es in Zirkeln oder individuell — zu organisieren. In diesem Zusammenhang ist auch die

Frage der nötigen Zeit zum Studium zu stellen. Bei der heutigen Ueberlastung der Funktionäre — und jedes tätige Mitglied ist ja Funktionär — wären die schönsten Lese- und Studienanleitungen fruchtlos, wenn man nicht in den Arbeitsplänen aller Parteiorganisationen die nötige Zeit für dieses Studium freistellen würde. In welcher Form dies geschieht, ob in Form eines bestimmten „Studentages“ oder anderswie, ist natürlich eine zweite Frage, die hier nicht erörtert werden soll.

Schon diese Vorschläge zeigen, daß die Massenpropaganda aufs engste verbunden ist mit der regulären innerparteilichen Propagandarbeit, daß sie diese voraussetzt. Daher werden alle Maßnahmen zum Ausbau der innerparteilichen Propagandarbeit zu wichtigen Schritten auch für die Ausbreitung der Massenpropaganda.

### B. Ausbau der vorhandenen Institutionen und Veranstaltungen

Schritte in dieser Richtung werden im allgemeinen leicht und ohne viel neuen Kräfteaufwand getan werden können. Als erster Punkt käme hier in Betracht bessere Verbindung der Propaganda mit der Agitation; die propagandistische Ausgestaltung des öffentlichen Versammlungswesens durch bessere Instruktion und Kontrolle der Referenten usw. (Gute Referenten, Instruktionsabende, Herausgabe eines speziellen Bulletins für Propagandisten, stichprobenweise Kontrolle der Versammlungen durch den Bezirks- oder ZK-Agitprop.)

Als zweiten Punkt nennen wir die propagandistische Ausgestaltung der Presse. Eine Reihe von Parteiorganisationen, z. B. in Deutschland, hat in letzter Zeit den Versuch einer gründlichen theoretischen Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie gemacht. Das ist sehr zu begrüßen. Freilich ist dabei der Fehler gemacht worden, daß oft seitenlange unübersichtliche theoretische Aufsätze gebracht wurden. Es ist notwendig, ganz kurze elementare Artikel zu bringen, die sich mit der Sozialdemokratie theoretisch und mit der ganzen Ueberlegenheit unserer wissenschaftlichen marxistisch-leninistischen Stellung auseinandersetzen, ähnlich wie die alte revolutionäre Sozialdemokratie sich im Namen des Marxismus mit der Bourgeoisie auseinandergesetzt hat. Man muß das lokale sozialdemokratische Blatt zur Antwort herausfordern, muß solche Diskussionen mit allen Mitteln erzwingen, sachlich durchführen und mit größter Schärfe die politischen Konsequenzen ziehen. Dasselbe gilt für die theoretischen Organe.

Drittens wurde in manchen Parteien in letzter Zeit der Versuch der Veranstaltung öffentlicher Zellenabende gemacht, sei es von der Zelle selbst, oder der Zellengruppe aus. Eine gute propagandistische Ausgestaltung dieser öffentlichen Zellenabende — aber auch der nichtöffentlichen — ist von größter Bedeutung. Es wäre zu überlegen die fallweise Aufnahme eines gewissen Prozentsatzes Sympathisierender in die elementaren Parteischulen oder ihre Einbeziehung in das Selbstbildungswesen.

Als vierten und in mancher Hinsicht wichtigsten Punkt nennen wir die Schaffung einer billigen und wirklich ernsten Propagandaliteratur zur Massenverbreitung. Ein Blick über unsere Publikationen lehrt, daß in den meisten Sprachen bloß zwei Kategorien von Parteiliteratur existieren: einer-

seits teure und schwer verständliche dickleibige Bücher, andererseits zwar billige, aber nicht besonders wertvolle Agitationsliteratur des Tages. Es fehlt zwischen beiden eine Kategorie von Literatur, die die Grundelemente des Marxismus populär, aber ohne in herablassend „belehrende“ Manier zu verfallen, kritisch, sachlich und materialreich behandelt, die vor allem in kleinen und billigen Ausgaben erscheint und nicht schon nach ein paar Wochen oder Monaten entwertet ist. In letzter Zeit ist in verschiedenen Parteien gleichzeitig von unten der Ruf nach einer solchen Literatur laut geworden. Hier liegt für unsere Agitpropabteilung und Verlage ein wichtiges Problem.

### C. Einige Methoden der Massenpropaganda

Es ist selbstverständlich, daß sich im Laufe der praktischen Inangriffnahme dieser Arbeit eine ganze Reihe von neuen Methoden finden werden. Der Austausch der Erfahrungen zwischen den einzelnen Parteien wird, wie in anderen Fragen, so auch in dieser, von größter Bedeutung sein. Hier kann natürlich dieser praktischen Erfahrung nicht vorgegriffen werden. Wir wollen nur einige Methoden anführen, die in einigen Ländern schon zur Anwendung gelangt sind.

In New York besteht schon seit einigen Jahren eine „Arbeiterschule“, die mit großem Erfolg sowohl Teile der Partei wie auch Sympathisierende in den Marxismus-Leninismus einführt. Die Lehrerschaft besteht zum größten Teil aus Parteigenossen, doch unterrichten auch sympathisierende Parteilose. (Vergleiche über diese Schule einen Bericht in der „Inprekorr“.)

Neuerdings hat die KPD in Berlin eine ähnliche Schule eingerichtet, deren Anfänge viel versprechen. Solche Schulen können natürlich auf keinen Fall das Parteischulsystem ersetzen. Aber sie können neben ihm große Bedeutung erlangen. Als Anziehungspunkte für fortgeschrittene Arbeiterelemente, die aus verschiedenen Gründen auf dem Wege über den praktischen politischen Kampf schwer zu uns kommen. Ziel dieser Schulen muß aber eben der politische Kampf sein, nicht irgendein abstraktes „Bildungsziel“.

Einen Schritt weiter über den Rahmen der Partei würden hinausführen Diskussionsabende mit sozialdemokratischen Arbeitern über die Grundfragen des Marxismus-Leninismus, in denen, an aktuelle Ereignisse anknüpfend, versucht werden könnte, die Streitfragen nicht agitatorisch, sondern grundsätzlich zu stellen, ohne freilich im geringsten etwas abzulassen von der Schärfe unserer politischen Schlußforderungen und ohne uns etwa auf abstraktes theoretisches Geschwätz einzulassen. Ueber die Möglichkeiten und Formen der Organisation solcher Diskussionsabende, die Garantien einer erfolgreichen Veranstaltung (die wir unbedingt haben müssen) usw. zu sprechen, ist hier nicht der Platz.

Als letzter Vorschlag in dieser Reihe sei angeführt die Veranstaltung von Vortragsabenden über Themen der Naturwissenschaft, der Kultur, der Religion usw., die den Zweck haben, jene Massen des Proletariats und der kleinen Leute propagandistisch zu erfassen, die noch nicht politisch denken. Solche Vortragsabende könnten unter unserer Kontrolle von sympathisierenden Massenorganisationen veranstaltet, durch Verwendung von Lichtbildern und Musik anziehend gemacht werden. Alle Parteien haben genug eigene und sympathisierende Kräfte zur Verfügung, die — unter ihrer ständigen Kon-

trolle — für solche Vorträge in Betracht kämen. Eine gute Organisation solcher Abende, auch bis hinaus in die Kleinstädte und das flache Land, könnte sich bei geringem Eintrittsgeld finanziell vollkommen tragen, evtl. sogar Ueberschüsse ergeben. Bei diesen Vorträgen würde es sich nicht etwa darum handeln, das betreffende Thema (z. B. die Entstehung der Familie) wissenschaftlich im Sinne des Marxismus zu behandeln, sondern von dieser Frage ausgehend politische Konsequenzen zu ziehen.

Alle diese Vorschläge, es werden nicht alle sofort und nicht alle in dieser Form zu verwirklichen sein — sollen bloß im allgemeinen den Umfang des Problems der Massenpropaganda umreißen. In der Einleitung ist die Wichtigkeit dieses Problems für unsere Agitproparbeit und die allgemeine Parteilarbeit dargelegt worden. Darüber wird es wohl keine Meinungsverschiedenheiten geben. Es handelt sich nur darum, das Problem konkret in jedem Land zu stellen, die zweckentsprechenden Maßnahmen und Mittel auszuarbeiten, die Mitglieder zu instruieren und dann mit aller Kraft an die Arbeit zu gehen.

E. V.:

## DIE SOZIALE GLIEDERUNG DER DEUTSCHEN BEVÖLKERUNG

Die Hauptergebnisse der im Jahre 1925 vorgenommenen Betriebs- und Berufszählung in Deutschland liegen nunmehr vor und es ist möglich, einen Einblick in die soziale Struktur Deutschlands zu gewinnen. Freilich nur mit gewissen Vorbehalten. Denn die Kategorien, die nach der Berufszählung die deutsche Bevölkerung umfaßt, sind keine klaren ökonomischen oder sozialen Kategorien, und noch weniger sind es dem Marxismus entsprechende Abteilungen. Immerhin läßt sich einiges feststellen.

### Proletarische Mehrheit im deutschen Volke

Das wichtigste Ergebnis der Berufszählung ist, daß das Proletariat die Mehrheit der deutschen Bevölkerung bildet, und zwar das Proletariat im eigentlichen Sinne des Wortes, also Lohnarbeiter, niedrige Angestellte und Beamte zusammen. Nach der neu veröffentlichten Uebersicht gliedert sich die Bevölkerung prozentual in folgende Hauptgruppen:

Selbständige . . . . .	17,3 Prozent
Angestellte und Beamte . . . . .	16,5 „
Arbeiter . . . . .	49,2 „
Mithelfende Familienangehörige . . . . .	17,0 „

Nun ist es selbstverständlich, daß von den Angestellten, Beamten und den mithelfenden Familienangehörigen, die vor allem Frauen und Kinder der landwirtschaftlichen Arbeiter oder der armen Bauern umfassen, ein bedeutender Teil sozial den Lohnarbeitern gleichgestellt ist, so daß eine proletarische Majorität ganz klar vorhanden ist. Wie groß dieselbe ist, läßt sich nicht feststellen. Wenn wir von unserem Standpunkt sehr ungünstig rechnend



die Hälfte der Angestellten und Beamten und die Hälfte der mithelfenden Familienmitglieder zu den Arbeitern zählen, so kommen wir ganz grob zu dem Ergebnis, daß rund 65 Prozent der deutschen Bevölkerung zum Proletariat im engeren Sinne gehören.

### Was bedeuten die Selbständigen?

Nach den obigen Hauptzahlen würde es unter den Erwerbstätigen 17,3 Prozent Selbständige geben, also rund jede sechste, ihr Brot selbst verdienende Person würde selbständig sein. Wenn wir die detaillierte Tabelle der sozialen Verteilung ansehen, so finden wir, daß auch unter den Selbständigen eine Riesenzahl von proletarischen Existenzen enthalten ist. Wir nehmen z. B. die Nr. W 42 gleich Wirkerei und Strickerei. In dieser Rubrik finden wir 51 512 Selbständige, davon 42 537 Frauen. Die 52 000 Selbständigen beschäftigen 153 000 Arbeiter. Nun wissen wir aus der Praxis, daß es in Deutschland eine große Anzahl von Wirkwaren-Fabriken mit je mehreren hundert, ja bis über tausend Arbeitern gibt. Daraus geht klar hervor, daß von den 52 000 ausgewiesenen Selbständigen in der Wirkerei und Strickerei weit über 40 000 arme Frauen sind, die zu Hause, mit einer einzigen Strick- oder Wirkmaschine versehen, als Hausindustrielle beschäftigt sind und tatsächlich verkappte Lohnarbeiter darstellen, die in den meisten Fällen stärker ausgebeutet werden, als die in den Fabriken arbeitenden Lohnarbeiter derselben Branche. Außerdem sind verschiedene Kategorien als selbständig angeführt, wo von einer Selbständigkeit im ökonomischen Sinne kaum die Rede sein kann. Zum Beispiel:

Heer und Marine . . . . .	5 433
Kirche, Missionen, religiöse Anstalten . . . . .	31 783
Theater- und Musikgewerbe . . . . .	26 079
Reichsbahn . . . . .	2 487 usw. usw.

Diese Beispiele machen klar, daß die Gruppierung bewußt darauf hinzielt, die Tatsache des Ueberwiegens des Proletariats zu verheimlichen durch die künstliche Vermehrung der Zahl der Selbständigen. Es kommt der Bourgeoisie darauf an, möglichst zu vertuschen, wie weit der Konzentrationsprozeß in Deutschland bereits gediehen ist, wie gering die Zahl derjenigen ist, die am Profit beteiligt sind. Daher kommen solche Konstruktionen heraus, wie die selbständigen Hausindustriellen in allen Branchen, wie die 5500 Selbständigen in Heer und Marine, die 2500 Selbständigen bei der Reichsbahn, wo es offenbar ist, daß von einer Selbständigkeit von Heer- und Marineangehörigen oder bei Reichsbahnangestellten im ökonomischen Sinne keine Rede sein kann.

### Die Entwicklung der sozialen Gliederung seit 1907

Die vorletzte Berufszählung, mit der man die Ergebnisse der gegenwärtigen vergleichen kann, fand im Jahre 1907 statt. Es sind seitdem 18 Jahre vergangen und der Weltkrieg liegt dazwischen. Auch wurde in der Methode der Aufnahme und der sozialen Kategorien manches geändert, so daß sich ein Vergleich nur ganz grob machen läßt.

## Erwerbstätige (1000)\*

	Insgesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Industrie	Handel und Verkehr	Häusliche private wechaelnde Lohnarbeit
1907 . . . . .	25 155	8556	10 061	3266	1621
1925 . . . . .	32 008	9762	13 239	5273	1643
<b>Arbeiter</b>					
1925 . . . . .	14 434	2607	9781	1440	254
Mehr als 1907 . .	2 519	276**	2240	550	—
<b>Angestellte und Beamte</b>					
1925 . . . . .	5 274	162	1452	2221	—
Mehr als 1907 . .	1 900	76	434	1004	—

Diese Tabelle ergibt folgende interessante Tatsachen:

1. Die Zahl der industriellen Arbeiter hat um  $2\frac{1}{4}$  Millionen, also um rund 25 Prozent seit 1907 zugenommen. Wenn wir in Betracht ziehen, daß in den letzten Jahren bis Mitte 1927 im Durchschnitt über eine Million Arbeiter arbeitslos waren, so ergibt sich, daß sich die Zahl der produktiv tätigen industriellen Arbeiter verhältnismäßig wenig vermehrt hat; in 18 Jahren um vielleicht 15 Prozent. Die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter hat um 276 000 abgenommen.

2. Dagegen hat sich die Zahl der unproduktiven Arbeiter (im Marxschen Sinne), also Arbeiter im Handel und Verkehr, Angestellte und Beamte, ungeheuer vermehrt. Es gab 1925 555 000 mehr Arbeiter im Handel und Verkehr als 1907, und 1,9 Millionen mehr Angestellte und Beamte überhaupt als 1907. Addieren wir Angestellte und Beamte zu den Arbeitern in Handel und Verkehr, also die nicht unmittelbar Mehrwert produzierenden, nichtproduktiven Arbeitskräfte im Sinne von Marx, so finden wir, daß ihre Zunahme größer ist, als die Zunahme der produktiven Arbeiter. Dies bedeutet, daß von dem Mehrwert, den die Arbeiterklasse in Deutschland produziert, eine riesige Armee von nichtproduktiven Arbeitern, die im Verhältnis zu den produktiven immer größer wird, erhalten werden muß. Die Rationalisierung der Produktion führt zu einer Verminderung der produktiven Arbeiter bei gleichzeitiger Vermehrung der unproduktiven Angestellten. In einzelnen Industriezweigen, z. B. in der chemischen Industrie, entfallen bereits 25 Angestellte auf 100 Arbeiter.

### Die Verteilung der Bevölkerung nach Wirtschaftsgruppen

Die folgende Tabelle gibt einen Ueberblick über die Verteilung der deutschen Bevölkerung nach den einzelnen Wirtschaftszweigen.

\* Abschrift aus Statistik Nr. 10.

\*\* Abnahme.

Die Erwerbstitigen und die Gesamtbevölkerung des deutschen Reiches  
nach Wirtschaftszweigen\*

		Erwerbstitige (1000)					Berufzugehörig ins- Erwerbstitige gesamt u Angehörige	
		Selbständige	Angestellte u. Beamte	Arbeiter	Mithelf. Familien- angehörige überh. dav. weibl.	3575	9603	13994
<b>A. Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei</b>								
1.	Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht . . . . .	2188	129	2500	4786	3575	9603	13994
2.	Forstwirtschaft und Fischerei . . . . .	15	33	107	4	2	159	379
	Land- und Forstwirtschaft insgesamt: . . . . .	2203	162	2607	4791	3577	9762	14373
<b>B. Industrie und Handwerk</b>								
3.	Bergbau, Sahnwesen und Torfgräberei . . . . .	2	59	786	0,2	0,1	847	2368
4.	Industrie der Steine und Erden . . . . .	32	52	600	2	1	687	1465
5.	Eisen und Metallgewinnung . . . . .	6	78	497	—	—	581	1380
6.	Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren . . . . .	142	89	763	7	3	1001	1798
7.	Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau . . . . .	37	237	1040	1	1	1316	2602
8.	Elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik . . . . .	49	112	407	3	2	571	979
9.	Chemische Industrie . . . . .	13	94	245	1	0,4	352	761
10.	Textilindustrie . . . . .	123	125	948	11	10	1207	1850
11.	Papierindustrie und Vielfältigungsgewerbe . . . . .	38	67	428	4	3	536	959
12.	Leder- und Linoleumindustrie . . . . .	33	17	123	2	1	174	349
13.	Kautschuk- und Asbestindustrie . . . . .	2	13	54	—	—	69	125
14.	Holz- und Schnitzstoffgewerbe . . . . .	190	63	700	13	7	966	1884
15.	Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie . . . . .	19	11	75	5	4	110	193
16.	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe . . . . .	250	164	800	132	118	1346	2351
17.	Bekleidungsgewerbe . . . . .	616	89	851	35	29	1590	2418
18.	Baugewerbe und Baunebengewerbe . . . . .	230	136	1335	6	2	1707	3862
19.	Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und Versorgung . . . . .	3	46	129	—	—	178	437
	Industrie und Handwerk insgesamt: . . . . .	1785	1452	9781	220	183	13239	25781**

\* Abschrift aus Statistik Nr. 13 — bei der Endsumme ergeben sich infolge der Abrundung auf Tausend kleine Differenzen.  
\*\* Fortsetzung der Tabelle nächste Seite.

## Erwerbstätige (1000)

	Selbständige	Angestellte u. Beamte	Arbeiter	Mithelf. Familien- angehörige überh. dav. weibl.	ins- gesamt	Berufzugehörig Erwerbstätige u. Angehörige
<b>C. Handel und Verkehr</b>						
20. Handelsgewerbe . . . . .	936	1 320	458	221	2 971	5 173
21. Versicherungswesen . . . . .	11	96	5	0,1	112	222
22. Verkehrswesen . . . . .	56	727	731	3	1 520	4 163
23. Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe . . . . .	195	78	247	138	671	1 005
<b>Handel und Verkehr insgesamt: . . . . .</b>	<b>1 198</b>	<b>2 221</b>	<b>1 440</b>	<b>362</b>	<b>5 273</b>	<b>10 562</b>
<b>D. Die Verwaltung, Heerwesen, Kirche, freie Berufe</b>						
Verwaltung usw. insgesamt: . . . . .	182	1 153	164	4	3 150	3 157
<b>E. Gesundheitswesen und hygienische Gewerbe, Wohlfahrtspflege</b>						
Gesundheitswesen usw. insgesamt: . . . . .	167	226	187	8	7 589	965
<b>F. Häusliche Dienste und Erwerbstätigkeit ohne feste Stellung oder ohne Angabe der Betriebszugehörigkeit</b>						
Häusliche Dienste usw. insgesamt: . . . . .	3	61	254	0,1	1 643	1 910
<b>G. Ohne Beruf und Berufsangabe</b>						
Ohne Beruf oder Berufsangabe insgesamt: . . . . .	-	-	-	-	3 844	5 663
<b>Summe der Abteilungen A—G</b>						
Reichsbevölkerung insgesamt: . . . . .	5 538	5 274	14 434	5 437	4 133	35 853
						62 411

Die Durchsicht dieser Tabelle ergibt sehr viel interessante Momente. Vor allem springt die Tatsache in die Augen, daß eine ganze Reihe von Industrien noch immer einen handwerksmäßigen Charakter tragen. So finden wir z. B. im Bekleidungs-gewerbe auf 615 000 selbständige Erwerbstätige nicht mehr als 851 000 Arbeiter, also pro Selbständigen kaum mehr als einen Arbeiter. Selbstverständlich gibt es auch in dieser Branche größere Unternehmungen, aber der Anteil des eigentlichen Handwerks ist doch sehr groß. Typisch handwerksmäßige Industriezweige sind Schneiderei, Schuhmacherei, Fleischerei, wo überall die Zahl der sogenannten Selbständigen kaum niedriger ist als die Zahl der Arbeiter. Andererseits finden wir Industriezweige mit einem riesigen Grad von Konzentration, so z. B.:

Steinkohlenbergbau . . . . .	692	Selbständige	594 000	Arbeiter
Großeisenindustrie . . . . .	3952	„	430 000	„ usw.

In der gesamten Industrie und Handwerk gibt es 1 785 000 sogenannte Selbständige mit nicht ganz zehn Millionen Arbeitern.

### Produktions- und Konsumtionsmittel-Produktion

Es wäre von besonderem Interesse festzustellen, wieviel Arbeitskräfte in Deutschland in der Produktion von Produktionsmitteln (Abteilung I bei Marx) und wieviel in der Herstellung von Konsumtionsmitteln (Abteilung II) beschäftigt sind. Leider gibt das bisher veröffentlichte Material hierfür keine genügenden Anhaltspunkte. (Selbstverständlich gibt es hierbei auch theoretische Schwierigkeiten, da dieselbe Ware je nach dem Verwendungszweck in die Produktion von Produktionsmitteln oder Konsumtionsmitteln eingehen kann.) Ganz grob läßt sich folgendes feststellen:

Folgende Industriezweige kommen mit ganz geringen Abschlägen als zur Produktionsmittelindustrie gehörig in Betracht:

	Arbeiterzahl (1000)
Eisen- und Metallgewinnung . . . . .	497
Herstellung von Eisen-, Stahl- und Metallwaren . . . . .	763
Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau . . . . .	1040
Elektrotechnische Industrie . . . . .	302
Baugewerbe . . . . .	1335
	<hr/>
	3937

Hierzu kommt die Mehrzahl der im Bergbau beschäftigten 600 000 Arbeiter, so daß ganz grob gerechnet ungefähr die Hälfte der produktiven Arbeiter in der Produktion von Produktionsmitteln, die andere Hälfte in der Produktion von Konsumtionsmitteln tätig ist.

Es gibt unter den anderen Industriezweigen auch einzelne kleinere, die Produktionsmittel herstellen; fast in jedem Wirtschaftszweig gibt es solche. Andererseits gibt es auch in der eisenverarbeitenden Industrie Arbeiter, die Konsumtionsmittel herstellen; so daß ganz grob gerechnet man ungefähr die Hälfte als richtig annehmen kann. Eine große Verschiebung würde sich auch bei einer möglichst detaillierten Verteilung unserer Schätzung nach nicht ergeben. Das Ergebnis ist insofern überraschend, als man im allgemeinen geneigt wäre, eine viel größere Prozentzahl der in der Herstellung von Produktionsmittel beschäftigten Arbeiter anzunehmen. Vielleicht wird es, wenn die Details der Aufnahme vorliegen, möglich sein, diese Frage gründlich zu bearbeiten, was sicherlich ein großes theoretisches Interesse hat.

N E U E R S C H E I N U N G

---

D. Petrowski

**Das  
Anglo-Russische Komitee  
und die Opposition  
in der KPSU**

**I N H A L T :**

- 1. Einleitung**
- 2. Die Bildung des Anglo-Russischen Komitees**
- 3. Die Tätigkeit des Anglo-Russischen Komitees**
- 4. Die letzte Etappe**
- 5. Das Anglo-Russische Komitee und Amsterdam**
- 6. Das Anglo-Russische Komitee und die Opposition**

**55 Seiten**

**Preis 30 Pfennig**

---

**V E R L A G C A R L H O Y M N A C H F O L G E R**  
**HAMBURG / BERLIN NW 6**